

WAS DIESES HEFT BRINGT

	Seite
<i>Aus der Goethe-Preis-Rede Carlo Schmid's</i> Nation – Staat – Wir	115
<i>Hans Peter Johannsen</i> Ist eine Inventur nötig?	118
<i>Paul Koopmann</i> A.D. Jörgensen — ein „emigrierter Schleswiger“	123
<i>Aus einer Umfrage</i> Schleswiger über den „Schleswiger“	129
<i>Johann Ohrtmann</i> „Es geht bei gedämpfter Trommelklang...“	133
<i>Ernst Siegfried Hansen</i> Innerhalb der Wälle Alt-Kopenhagens	136
<i>John Boyens</i> Skandinavien und der Kontinent	140
<i>Gerd Lausen</i> Planungsvorstellungen und Entwicklungschancen für den Landkreis Flensburg	153
Umschau ab Seite 164	

Die Grenzfriedenshefte erscheinen vierteljährlich und werden herausgegeben vom Grenzfriedensbund. Den Mitgliedern werden sie frei geliefert. Andere Bezieher (Nichtmitglieder) können sie für jährlich 2,— DM beim zuständigen Postamt unter der Verkehrs-Nr. V 3339 F abonnieren. Für die mit Autornamen versehenen Beiträge zeichnen die Verfasser verantwortlich. — Redaktion: Ernst Beier, Flensburg, Waldstraße 40. Geschäftsstelle: Husum, Theodor-Storm-Straße 9. Druck: Christian Wolff, Graphische Betriebe, Flensburg.

GRENZ- FRIEDENS- HEFTE

NATION – STAAT – WIR

Als Kulturnation hatten sich die Deutschen insgesamt zu Goethes Zeiten schon durchaus begriffen, und wir wissen, was dies für das Gemeingefühl der Deutschen für die Zukunft auch politisch bedeuten sollte. Aber zur Staatsnation waren sie noch nicht geworden, und Goethe selber meinte, die Deutschen täten besser daran, den Versuch, es zu werden, bleiben zu lassen. Er traute dem Provinzialismus der Deutschen nicht zu, was die Weitläufigkeit der Briten und der Franzosen zustande gebracht hatte, die die Welt eroberten, indes die Deutschen sich in philosophischen Wolkenbildern ergingen. Die Deutschen sollten sich mit der Welt des Geistes begnügen; in ihren ihnen von der Geschichte auf erlegten Staaten leben und die nationalstaatliche Einheit anderen überlassen, die damit mehr anfangen könnten als sie. Sie sollten von innen heraus leben, wie der Künstler von innen heraus wirken müsse. Es scheint, daß Goethe sie in einer ähnlichen Rolle sah wie den Tasso, den er an dem Mißverhältnis seines Talents zu dem, was das Leben ihm abverlangte, scheitern ließ. Darf man hier nicht an eine Stelle eines Briefes Friedrich Engels an Karl Marx vom 15. Januar 1847 denken: „Auch Goethe war nicht imstande, die deutsche Misere zu besiegen. Sie besiegte ihn. Dieser Sieg der Misere über den größten Deutschen ist der beste Beweis dafür, daß sie von ‚innen heraus‘ gar nicht zu überwinden ist.“

*

Wir Deutschen haben nicht immer verstanden, was eine Nation im eigentlichen Sinne ausmacht. Wir verstanden darunter meist die Summe der Menschen gleicher Sprache, gleichen Volkstums, gleicher Sitte und Gesittung, identischer Geschichte auf einer Strecke Weges durch die Zeit und auch wohl die von einem und demselben Staat zu staatsrechtlicher Einheit zusammengefügte Bevölkerung eines Gebietes. Zu Lebzeiten Goethes hatte es ein anderer Frankfurter, Ludwig Börne, gesagt: „Ein Volk, das nur der Pferch zum Volke macht — ein solches Volk

wird kein Drama haben. Es wird in jedem fremden Drama nur der Chor sein, der weise Betrachtungen anstellt, es wird nie selbst ein Held sein.“

*

Über lange Zeiträume hinweg sind die Deutschen den Weg zum Staat nur zaghaft gegangen. Und Goethe war der letzte, sie dabei zu drängen. Dann haben sie lange Zeit den Staat vergötzt. Als dieser Götzendienst am weitesten getrieben war, tat der Staat den tiefsten Fall. Es genügt nicht, darüber zu philosophieren, warum es dazu kommen konnte oder dazu kommen mußte. Wir müssen ein normales Verhältnis zum Staate finden, ein Verhältnis des rechten Maßes. Unser Land wird kein politisches Vakuum bleiben. Entweder wir machen selber unseren Staat, oder andere machen ihn nach ihren Vorstellungen und für ihre Zwecke. Wir, das heißt: wir alle zusammen.

*

Ist Demokratie, so begriffen, nicht ein Anruf gerade an die Gebildeten, den Staat zu ihrer besonderen Aufgabe zu machen, ihn zu formen, zu tragen, zu verantworten? Haben die Gebildeten begriffen, daß es eine Verkennung Goethescher Vorbilder ist zu glauben, in einer Zeit, die so bestimmt ist wie jene, in der wir leben und darin in jedes Einzeldasein soviel von Kollektivem eingeht, sei mit der redlichen Erfüllung der Berufspflichten die Forderung des Tages getan?

*

Gewiß, Goethe hat sich in dem politischen Kampf seiner Zeit nicht engagiert. Er sah seine Aufgabe anderswo als in dem Getriebe des Forums, und mancher andere, auch mancher Zeitgenosse mag das Recht haben, seine Aufgabe anderswo zu sehen als dort, ohne sich als einen Abseitigen betrachten lassen zu müssen. Ein Gelehrter, ein Erfinder, ein Dichter, ein Schriftsteller — sie alle mögen in guter Sorge um das Gemeinenschliche abseits des Politischen mehr für gutes Gedeihen von Nation und Staat getan haben, als sie auf dem Forum hätten tun können. Goethe hat für sich in Anspruch genommen, solcher Art „national“ gewirkt zu haben. „Wenn ein Dichter lebenslang bemüht war, täglich Vorurteile zu bekämpfen, engherzige Ansichten zu beseitigen, den Geist eines Volkes aufzuklären, dessen Geschmack zu reinigen und dessen Gesinnung und Denkweise zu veredeln, was soll er denn Besseres tun? Wie soll er denn da patriotischer wirken?

*

Aber wer kann sich schon unter jene rechnen? Sicher nicht die große Zahl derer, die wir die Gebildeten nennen. Wenn diese dem Staate fernbleiben, wenn sie darauf verzichten, Einfluß auf die Bildung des Staatswillens zu nehmen; wenn sie dem Ort fernbleiben, an dem sich die Meinung des Staatsvolkes bildet, dann entziehen sie der Demokratie das Lebensblut. Dann aber werden Staat und Volk zu kargen und dürrigen Dingen, und keiner wird darin eine Steigerung seiner

selbst finden.

*

Es kann eine Demokratie auf die Dauer nicht leben ohne eine Elite, die sich dem Schicksal der Nation verbunden weiß. Diese Elite hat mit Geld und Stand nichts zu tun. Man kann sie nicht durch Wahlen bestimmen, aber man kann sie erkennen. Wo sie erkannt wird, geschieht ihre Wirkung durch ihr bloßes Dasein: es richtet das Maß auf. Das ist der oberste Rang. Er verwirklicht sich oberhalb der Sphären, aus denen die Materialien des Politischen kommen. Das hat für das deutsche Selbstbewußtsein die kleine Schar jener Geister gewirkt, die unser klassisches Zeitalter belebten. Das aktive Element bei dieser Begegnung hat beim Volke zu liegen. Ihm ist die Leistung abgefordert, diese Elite zu erkennen und anzuerkennen.

CARLO SCHMID in seiner Rede zur Verleihung des Goethe-Preises der Stadt Frankfurt

Ist eine Inventur nötig?

Es schien, als ob die Atmosphäre des alljährlichen Ausverkaufs das Beratungszimmer erfüllte, als einer der Teilnehmer an der Sitzung plötzlich die Frage stellte: Machen wir eigentlich alles noch richtig? Müßten wir es nicht anders machen? Diese fragende Bemerkung war gewissermaßen die Aufforderung zur Inventur und wurde von einem Sachkenner gestellt, als es um die Beratung politischer, sozialer und kultureller Verhältnisse im unmittelbaren Grenzgebiet ging. Die in diesem Augenblick nicht erwartete Frage löste zunächst erstaunte Blicke aus, bewirkte dann aber, daß in der darauffolgenden Debatte, soweit nötig, das Lager geräumt, das heißt Gedankengänge überprüft, zu den Akten gelegt oder neu formuliert wurden.

*

Wenn wir uns ebenfalls in dieser Zeitschrift, in der wir seit dem Start versucht haben, neue Gedanken über das Zusammenleben der beiden nationalen Gruppen im Grenzland zu erörtern, die Frage vorlegen, ob eine Bestandsaufnahme nötig ist, und wenn wir bereit sind, sie vorzunehmen, dann müssen wir die kleinen und die großen Zusammenhänge der politischen Verhältnisse an der Grenze zugleich bedenken.

*

Mehr oder weniger waren wir es bisher gewohnt, was in politischer Beziehung um uns herum geschah, etwas einseitig aus historisch-lokaler Sicht zu sehen, und sicher müssen wir aus guten Gründen lernen, über diesen Horizont hinauszugelangen; denn in der politischen und kulturellen Landschaft sieht es heute anders aus als vor zwei Jahrzehnten. Die politischen Spannungen des 19. Jahrhunderts, die in den Kriegen 1848 und 1864 ihre Auslösung fanden, 1920 einen weiteren Höhepunkt erreichten und zwischen 1945 und 1950 nicht erwartete Zustände schufen, waren dadurch gekennzeichnet, daß die nationalen Minderheiten lange Zeit das politische Leben zu beiden Seiten der Grenze sehr stark mitprägten und bis in die Zentren Kopenhagen und Berlin Einfluß auf das Geschehen nahmen und auch nehmen konnten. Ist das auch heute der Fall? Ohne die politische und vor allem die geistige Bedeutung der Minderheiten zu mindern, wird man sagen können: sie sind heute mehr Objekt als Subjekt des politischen Geschehens. Ihre Bedeutung für die politische Gestaltung des Verhältnisses zwischen dem Königreich Dänemark und der Bundesrepublik ist aber deswegen keineswegs geringer geworden — sie ist unvermindert groß. Diese Feststellung bedarf einer Begründung.

*

Die Entstehung der schleswigschen Minderheiten ist aus dem Bemühen der Menschen im 19. Jahrhundert um die demokratische und nationale Selbstbestimmung zu erklären. Dieses hat bei uns zum vollen Erfolg geführt, der nicht zuletzt auf politischem Wege über die Vertretung in den Parlamenten errungen wurde. Trotzdem kann man die Frage stellen, ob eine Gruppe von Menschen, deren Kennzeichen die menschlich-volkliche Einheit ist, in unserem modernen Gesellschaftsgefüge sich unbedingt auf dem Wege über eine politische Partei verwirklichen muß. Politische Parteien sind Ausdruck ganz bestimmter und recht genau umrissener geistiger Prinzipien, zugleich vertreten sie handfest und einseitig politische und vor allem wirtschaftliche Interessen. Eine nationale Minderheit aber ist eine Gruppe von Menschen, deren einzelne Mitglieder sehr verschiedene Interessen haben, sei der eine nun Industriearbeiter, der andere Großbauer. Ein Interesse aber haben sie beide, nämlich: deutsch oder dänisch zu sein.

*

Daher sei die Frage aufgeworfen, ob die Bemühungen um politische Positionen und Mandate in den Parlamenten angesichts einer Entwicklung, die zum zentralisierten Wohlfahrtsstaat und zur Konsumgesellschaft steuert, auf die Dauer die finanzielle und sonstige Anstrengung lohnt, ob es nicht vielmehr richtig wäre, die Anstrengung auf ein Wachsen von innen, auf die Entwicklung eines festen und harmonischen deutschen oder dänischen Kerns zu richten, wobei an die Tatsache zu erinnern wäre, daß es auch früher eine Reihe von Perioden gegeben hat, in denen die Minderheiten zum mindesten nicht in ihren „Reichsparlamenten“ vertreten waren, z. B. die Dänen zwischen den Kriegen, die Deutschen 1942 bis 1953. Auch heute, da beide Gruppen nicht im Bundestag bzw. im Folketing vertreten sind, sind sie existent, und zwar sehr lebendig, indem sie als eine Gruppe sehr bewußt lebender deutscher oder dänischer Bürger in dem Staatsverband, in dem sie leben, von zweierlei Zeugnis ablegen, nämlich zum einen von der humanistischen Kraft des nationalen Gedankens und zum andern eine Herausforderung an den Herbergstaat darstellen, seinerseits die Gedanken politischer Toleranz zu praktizieren. Im Staat Bürger anderer Art — aber doch Bürger des Staates — zu sein, das bedeutet eine Aufgabe sowohl für ihn als auch für den Staat.

*

Mancher wird solche Gedankengänge als graue Theorie bezeichnen. Sind sie es wirklich? Ein Blick auf die politische Wirklichkeit des Tages in der Bundesrepublik und im Königreich Dänemark sowie auf den Alltag des Grenzlandes kann zum mindesten nachdenklich stimmen.

Folgende Fakten können nicht übersehen werden: Die Bundesrepublik und

Dänemark sind in einer politisch-militärischen Allianz verbunden, in der wenig Raum für rein lokale und „schwierige“ Fragen vorhanden ist. Im Gegenteil, wenn im lokalen Sektor an der Grenze die Zeichen der Zeit richtig gedeutet werden — und das ist auch vielfach geschehen — dann muß es als eine Aufgabe der Minderheiten angesehen werden, auch ihren Beitrag zu einem guten Klima im Verhältnis der beiden Länder zu leisten. Die Zeichen der Zeit stehen nicht mehr auf Kampf, und die Atmosphäre sentimentaler oder protziger Deutschtümelei sollte ebenso vorbei sein wie die Atmosphäre eines dänischen missionarischen Lebensgefühls voller Besserwisserie. Die Bundesrepublik und Dänemark sind, wenn auch in unterschiedlichem Stadium, Wohlfahrtsstaaten und Konsumgesellschaften, wie sie die Entwicklung auf der westlichen Halbkugel gezeitigt hat. Damit aber herrscht ein Lebensgefühl vor, das für nationale Minderheiten nicht gerade förderlich ist. Im modernen Massenstaat sind vorwiegend die Ratio, die Organisation, der Nutzeffekt; im Leben einer Minderheit ist es der Wille zur Gemeinschaft, ja zum Hintanstellen der eigenen Wünsche, worauf es ankommt. Das Entscheidende ist auf jeden Fall aber die Bereitschaft, sich innerlich zu engagieren.

Versucht man aus dieser Situation einen Schluß zu ziehen, dann muß man feststellen, daß die breite Öffentlichkeit in beiden Ländern vom Minderheitenproblem keineswegs mehr in dem gleichen Maße Kenntnis nimmt wie noch vor zwanzig Jahren, geschweige denn wie in der Zeit von 1920 bis 1930. Es ist — und das kann man nur bedauern — für große Kreise im deutschen wie im dänischen Volk uninteressant geworden.

Ist damit eine historische Entwicklung, sind damit etwa die Minderheiten am Ende? Manche glauben es, und manche versuchen es durch biologisch oder politisch bedingte Zahlen auf dem Gebiete der Wahlen, des Schulwesens usw. zu beweisen. Wir glauben es nicht — und zwar aus zwei Gründen:

Erstens ist es, um mit dem dänischen Humoristen Storm Petersen zu reden, schwer zu prophezeien, namentlich wenn es sich um die Zukunft handelt; zweitens sind das Leben der Menschen und der wirkliche geschichtliche Ablauf der Dinge nach wie vor so stark durch irrationale Faktoren bedingt, daß man allein deswegen sich vor Prophezeiungen hüten sollte. Die Flutwelle des nationalen Gedankens, die neben hohen geistigen menschlichen Werten auch so viel trüben Schlamm — Selbstzufriedenheit, Eitelkeit, Egoismus — mit sich führte, wäre ja keine geschichtlich gestaltende Kraft gewesen, wenn sie nicht auch Bleibendes geschaffen hätte. Dieses Bleibende heißt Selbstverständnis, Selbstbewußtsein, Gefühl für Tradition und Aufgabe, und wenn diese Werte in den Minderheiten noch Bedeutung haben, dann kann ihr Fortbestehen angenommen werden. Aber es kommt in unserem Falle eins hinzu: sie werden um so sicherer fortbestehen, wenn ihr Selbstverständnis ergänzt und geläutert wird durch das Verständnis für den

Partner und die Bereitschaft, ihn anzuerkennen.

In solchem Falle kommen ihnen in der Tat in Zukunft neue Aufgaben zu — im kleinen wie im großen. Gleichviel, ob und wie stark sie in den Parlamenten vertreten sein werden, können sie nur dann Leben bewahren und Leben spenden, wenn das *Deutsche* oder das *Dänische* ihnen ein so hoher Wert ist, daß ihre Mitglieder sich ihm immer neu zu erarbeiten bereit sind. Deutsch oder dänisch sein ist ein Lebenswert an sich. Er ist kein alleiniger, aber ein so bedeutender, daß das Leben ohne ihn ärmer würde. Und mehr als Wahlstimmen, die Zufälligkeiten und Spezialinteressen unterworfen sein können, bedeuten der Besuch der deutschen und dänischen Schulen, der kulturellen und sozialen Einrichtungen der Minderheiten. „Deutsch ist, was man daraus macht“, so hat es ein Historiker der Gegenwart formuliert. „Ein Leben im Grenzland ist, was man daraus macht“, sind wir versucht zu sagen. Um es in seiner menschlichen Fülle und seinem geistigen Reichtum auszuschöpfen, reicht ein Einzelleben kaum aus, denn im Grenzland möchte man ja mit der Antwort des Partners und Nachbarn auf das Dasein ebenso vertraut werden wie mit der Antwort des eigenen Volkes auf das Rätsel des Lebens. Wir erinnern uns eines Landsmannes, der aus der Hauptstadt Kopenhagen nach Nordschleswig verzog, nur weil ihm dort diese geistige Spannung des Lebens fehlte, die ihm nur hier vorhanden zu sein schien. Menschen solcher Art gibt es viele — mehr, als die Statistiken erkennen lassen. Und solange es diese gibt, wird es eine deutsche oder eine dänische Gruppe zu beiden Seiten der Grenze geben.

*

Die Lebensbedingungen dieser Gruppen zu gestalten, ist ihre eigene Aufgabe, aber auch eine Aufgabe des Staates, in dem sie leben. Sie sind nicht etwa ein lästiges Überbleibsel aus der Zeit eines romantischen Nationalismus, sie können durchaus ihren Platz im heutigen politischen Spiel der Kräfte behaupten. Die Förderung ihrer Bemühungen um ein modernes demokratisches Leben ist mit Recht als ein Modellfall für die Gestaltung europäischer Lebensverhältnisse von heute bezeichnet worden. Hieran werden — im Sinne einer konstruktiven europäischen Politik — die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Dänemark ein gemeinsames Interesse haben. Es geht dabei nicht ums Geld, das tut es zwar auch, aber Geldsorgen hat es immer gegeben, und sie sind schließlich wieder überwunden worden. Es geht vielmehr um eine Konzeption, d. h. um einen Plan der beiden Staaten, auf altem umkämpftem Boden neue und harmonische Lebensverhältnisse zu schaffen. Jede Kette ist nur so stark wie ihr schwächstes Glied. Es kann nicht im Interesse Dänemarks sein, daß Nordschleswig nicht an der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung des ganzen Dänemarks teilnimmt, daß dänische Menschen im Landesteil Schleswig der berechtigten Unterstützung durch das Mutterland entbehren müssen, und es kann auch nicht im Interesse der

Bundesrepublik sein, daß es keine deutschen wirtschaftlichen und kulturellen Schwerpunkte nördlich des Hamburger Wirtschaftsraumes mehr gibt und daß die deutschen Nordschleswiger nicht jene Unterstützung erfahren, die ihnen im Hinblick auf ihre volkliche Selbstbehauptung zukommt. Eine deutsche Dänemark- oder Skandinavienpolitik wird dies in der gleichen Weise bedenken müssen, wie es die heutige „europäisierte“ dänische Deutschlandpolitik u. E. schon tut. Eine solche Politik steht nicht im Gegensatz zur allgemeinen Politik auf Bundesebene, sondern ist geeignet, eine solche sinnvoll zu ergänzen. In diesem Raum ist sowohl Platz für den Deutschen Tag in Nordschleswig wie für das dänische Jahrestreffen in Flensburg, für das Dänische Institut in Dortmund oder die „Flensburger Tage“. Ja wir möchten glauben, daß die so erfreuliche Gestaltung des politischen Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und Dänemark auf lange Sicht nur dann Aussicht auf Festigkeit und Bestand haben wird, wenn neben den großen Dingen in den Zentren auch die kleinen Dinge an der Grenze in Ordnung sind. Es würde den Bruch einer guten Entwicklung bedeuten, wenn es nicht gelänge, die verheißungsvollen Anfänge eines europäischen Modellfalles fortzuführen und zu verfeinern. Wahrscheinlich könnten sogar Vorbilder entstehen. Das würde sicherlich dann der Fall werden, wenn beide Staaten — in eigener Verantwortung und jeder für sich — ihre an sich auf vielen Gebieten minderheitenfreundliche Gesetzgebung in den Fällen überprüften bzw. ergänzten, in denen noch berechtigte Wünsche offen sind.

*

Die deutsche und die dänische Minderheit sind in ihrer heutigen Gestalt ein Ergebnis der geschichtlich wirksam gewordenen politisch-geistigen Kräfte des deutschen und dänischen Volkes an der Stelle der unmittelbaren Begegnung. Wären sie nicht vorhanden, so würde nicht nur die dem Grenzland eigentümliche Spannung und Farbe fehlen, auch die beiden Nationen würden etwas, das sie in besonderer Weise bindet, vermissen, denn staatliches Protokoll oder EWG allein sind auch nicht der Weisheit letzter Schluß.

A.D. Jörgensen — ein „emigrierter Schleswiger“

Nachdem Prof. Troels Fink durch seinen auf den „Flensburger Tagen 1967“ gehaltenen Vortrag „Drei ehemalige Schüler der Lateinschule Flensburg: A. D. Jörgensen, Theodor Kaftan und Nic. C. Nielsen“ auf diese markanten „Schleswiger“ wieder aufmerksam gemacht hat, darf man wohl annehmen, daß das jetzt in deutscher Sprache erschienene Buch „A. D. Jörgensen, Historiker aus dem schleswigschen Grenzland“, verfaßt von Lorenz Rerup, erschienen im Skandia-Verlag, Flensburg 1967, 160 Seiten, einem verstärkten Interesse begegnen wird und die nachstehende Würdigung des Mannes und Buches ebenfalls.

„Könnten wir doch aus deutscher Sicht unserer Jugend auch ein so volkstümliches Geschichtsbuch wie A. D. Jörgensens ‚Vierzig Erzählungen‘ in die Hand geben, so würde der Geschichtsunterricht in unseren Schulen viel wirkungsvoller sein!“, hat mein Vater vor dem Kriege oft gesagt.

Mit diesem Werk hat sich der dänische Historiker A. D. Jörgensen für immer in die Annalen der Geschichte des Grenzlandes eingetragen.

„Was mich besonders gefreut hat“, schreibt Jörgensen 1893, „ist, daß Menschen höchster Bildung und mit dem reichsten Wissen dieses Buch mit Interesse gelesen haben, während es sich gleichzeitig an den Mann aus dem Volke und an halbwüchsige Knaben wendet.“ Seine „Vierzig Erzählungen aus der Geschichte des Vaterlandes“ erlebten von 1882 bis 1920 sechs Auflagen und wurden in 46 000 Exemplaren verbreitet. Das Buch hat mit dieser Breitenwirkung buchstäblich Geschichte gemacht. Das ist Volkstümlichkeit in Vollendung und zugleich Ausdruck eines literarischen Ranges: der Wissenschaftler hat den Lebensnerv des Volkes erreicht und — echte Wirkung erzielt.

Wenn Lorenz Rerup als Historiker der dänischen Minderheit dem dänischen Reichsarchivar Adolf Ditlev Jörgensen (1840—1897) eine Biographie widmet, die vor zwei Jahren in dänischer Sprache erschien und jetzt in einer recht guten deutschen Übersetzung vorliegt, dann müssen wir dieser Tatsache besondere Beachtung schenken. Rerup möchte sich an ein breiteres Publikum wenden, nicht nur den skandinavischen Kulturkreis erreichen, sondern auch den deutschen.

Mag man daher auch ein spezielles Vorwort zur deutschen Ausgabe vermissen, so darf es dem Rezensenten gestattet sein, dem deutschen Leser einige Hinweise zu geben, warum der Lebenslauf gerade dieses dänischen Historikers auch für uns heute von Interesse sein kann. Schon im Titeltext ist eine feine Absicht des Verfassers zu spüren, wenn er ihn einen „dänischen Historiker aus dem schleswigschen Grenzland“ nennt. Damit ist uns schon der Schlüssel zum tieferen

Verständnis dieser wirklich eigenartigen Persönlichkeit gegeben. Rerup geht es nicht so sehr darum, uns A. D. Jörgensen als bedeutenden Historiker der dänischen Geschichte nahezubringen oder ihn als den Mann zu schildern, der das dänische Archivwesen so vorzüglich aufbaute, daß ihm als erstem der Titel eines Reichsarchivars angetragen wurde. Er will ihn nicht so sehr aus der Sicht Kopenhagens, sondern vielmehr aus seiner Verbundenheit mit der Peripherie des dänischen Volkes, mit dem Grenzland, begreiflich machen.

Es ist auch heute jedem deutschen Leser interessant, den Lebensweg dieses Schleswigers zu verfolgen. Er wird sich erstaunt die Frage vorlegen, warum die Familie Adolf Ditlev Jörgensen eigentlich dänisch wurde.

Selbst der Sohn dieses Wahl-Kopenhagener, der spätere Höchsten-Gerichtspräsident Troels Jörgensen, bekennt aufrichtig: „Woher er, der Großvater, die tiefe, wunderbare Liebe zu Dänemark und allem Dänischen hatte, ist schwer zu sagen, aber sie brach ja bei so vielen in dieser Zeit hervor, ohne daß man sich darüber klar werden konnte.“

Das sind Worte, die auch heute von besonderem Gewicht sind und unmittelbare Aktualität besitzen. Denn die Jörgensensche Familie besaß eigentlich keine besonderen Voraussetzungen, warum sie dänisch werden sollte. Sie stammte aus Flensburg und wies in ihrer Ahnentafel eine Reihe namhafter Schleswiger auf. A. D. Jörgensens Vater war in der deutschen Sprachwelt Flensburgs erzogen, und die Hausprache wurde — man möchte sagen, selbstverständlich — deutsch, als der junge Färbermeister nach Gravenstein ging, um dort eine Familie zu gründen. „Man kann daher kaum mit Sicherheit das Dänentum M. A. Jörgensens auf eine Familientradition zurückführen. Sie hätte ihn unter anderen Umständen in deutsche Richtung führen können.“ Diesem Urteil Rerups kann man beipflichten und ihm auch zustimmen, wenn er dann auf den persönlichen Gegensatz zum Herzog Christian August aufmerksam macht — Gravenstein lebte im Schatten des herzoglichen Schlosses — und auf die allgemeinen Verhältnisse Sundewitts verweist. Es waren also besondere „Umstände“, die das Dänentum Jörgensens bestimmten und unter denen Rerup die besondere Stellung der Färberfamilie in Gravenstein hervorhebt.

Solche Untersuchungen sind äußerst wertvoll, haben wir hier doch eine Familie vor uns, die ein kulturelles Gepräge besaß und der man eine Tradition, die nach Süden wies, nicht absprechen kann.

Als aber die moderne Nationalstaatsidee das Grenzland erreichte, wurde die Zeit reif, daß sich seine Bevölkerung entscheiden mußte. Man konnte frei wählen, aber es war eine harte Wahl. Rerup hat diesen Prozeß an der Familie und an A. D. Jörgensen exemplarisch darzustellen gewußt. Den Färbermeister nennt er „eine(n) der vielen, der damals zum Fürsprecher wurde für die Loyalität des einfachen Mannes gegenüber dem Königshaus und für dessen Drang, an dem

überlieferten dänischen Milieu festzuhalten, ... der deutsch sprach und deutsche Bildung besaß.“ Es ist völlig richtig, wenn der Verfasser dann von der deutschen Bildung der damaligen Zeit aussagt, daß „deren ideales Streben und Freiheitsbegeisterung zwar geeignet war, die Gedanken zu erheben und zu befreien, aber weniger, konkrete Aufgaben in nationaler Hinsicht aufzuzeigen“. Er setzt daher mit unserer vollen Zustimmung fort: „Jørgensen konnte daher *ohne inneren Zwiespalt* (Hervorhebungen vom Rez.) in der Ideenwelt dieser Literatur leben, auch *nachdem er dänisch geworden war*.“

Was hier vom Vater A. D. Jørgensens ausgesagt wird, setzt sich in natürlicher Entwicklung in dem heranwachsenden Knaben fort. Die kriegerische Zeit von 1848 hat den achtjährigen Jungen stark dänisch geprägt, aber „deutsche Bücher bleiben viele Jahre hindurch auch A. D. Jørgensens geistige Nahrung. Es entstand in der Familie kein Bruch mit ihrer älteren deutschen Bildung, und *der Knabe* hegte weder damals noch später *unfreundliche Gedanken dem deutschen Geistesleben gegenüber, im Gegenteil*“.

Rerup hat den Bildungsweg Jørgensens in der Zeit der Regenburgschen Sprachreskripte von 1850 bis 1864 in Flensburg und später in Kopenhagen sorgfältig und kritisch beleuchtet. Man liest gerade diese Abschnitte mit besonderer Anteilnahme, weil sie deutlich machen, wie stark die geistigen Spannungen Jørgensen bewegten, wie sehr ihn die dänisch-deutsche Auseinandersetzung packte. Wir haben in A. D. Jørgensen einen Sucher vor uns, der sich ähnlich wie der späte Uwe Jens Lornsen um einen volklichen Ausgleich bemühte, ohne seinen nationalen Standpunkt zu erschüttern. Auch wohlwollende Zeitgenossen haben dieses ernste Bemühen an ihm bemerkt und von der „köstlichen Perle“ und den bedeutenden „Möglichkeiten“, die „in diesem Jüngling schlummern“, gesprochen.

Was uns in heutiger Zeit besonders bedeutsam erscheint, ist die Tatsache, daß wir in A. D. Jørgensen den profilierten Schleswigdänen der Generation der „Niederlage von 1864“ erkennen müssen.

Als Emigrant, als vertriebener Schleswiger — wie Rerup ihn bezeichnet — versuchte er, mit der Düppelniederlage fertig zu werden. Wir finden ihn nicht bei den Revanchisten, wir finden ihn nicht im Kreise jener Kopenhagener, die im nationalen Unglück nur einen lächerlichen Provinzialismus sahen, auch nicht bei jenen, die an Dänemarks Existenz verzweifelten. Er war zutiefst betroffen. „Die Niederlage erschreckte ihn, und eine Zeitlang sah er die Zukunft im dunkelsten Licht.“ „Es war mehr als der *uralte Gesamtstaat*, der sich damals auflöste. Auch ein inneres Dänemark sank in Trümmer, eine Ideen- und Idealwelt, die schön war, die jedoch nicht zu der Realpolitik einer neuen Zeit paßte.“ Aber er überwand die eigene Krise.

„Wenn wir eine Zukunft haben, dachte ich, dann muß diese auf einem nüchternen

Verständnis unserer Verhältnisse als *Volk* aufgebaut werden; wir dürfen nicht in der Einbildung an eine große Zukunft oder eine glänzende Gegenwart leben, und wir müssen daher auch zu einer wahrhaften Auffassung unserer Vergangenheit kommen. Dieses ist daher meine Berufung. Keine Phantasien, keine Färbung; weder durch den Strahlenglanz aus Hoffnung und Erwartung noch durch die bleichen Schrecken des Verzweifeln, sondern die simple, einfache Wahrheit.“

Es ist für ernste und suchende Schleswiger geradezu charakteristisch, daß sie in Notzeiten ihrer Heimat plötzlich in sich eine Berufung fühlen, der sie dann nachstreben. So auch bei ihm. Diese Berufung führt A. D. Jörgensen „auf den Jahreswechsel 1864/65 zurück, als er alleine im Postwagen über Fünen fuhr“. Er war nunmehr „fest entschlossen, dänischer Historiker“ zu werden, er, der nicht einmal eine abgeschlossene Schulbildung besaß und kein ordentliches Fachstudium nachweisen konnte. Was ihm am Herzen lag, war nicht allein, mit der nationalliberalen Politik abzurechnen, die Dänemark ins Unglück gestürzt hatte, sondern auch, die tieferen Ursachen des dänischen Zusammenbruches zu ergründen und damit zugleich auch das Verhältnis zum Deutschtum zu klären. So ernst geht er mit sich und seiner Zeit ins Gericht, daß er sich selbst „als Teil des dänischen Volkes“ als mitschuldig am Unglück fühlt. Wir stoßen damit auf ganz modern anmutende Gedankengänge. Historiker ist er geworden. Mit allen Epochen der dänischen Geschichte hat er sich befaßt und dabei nie den Kontakt zu seiner Heimat verloren. Er schrieb Geschichte in leidenschaftlicher Verknüpfung zu seiner Zeit.

Wenn man Christian Erslev, der die moderne quellenkritische Methodik in Dänemark einführte, mit Ranke verglichen hat, so darf man in gewisser Hinsicht A. D. Jörgensen einen dänischen Treitschke nennen. Auch für Jörgensen war das Volk bestimmender Faktor, nicht der Staat. Er stand mitten im Leben seiner Zeit und griff oft mehr oder weniger glücklich in die staatlichen Machtkämpfe der Estrupzeit ein.

Wenn man aber seine politische Persönlichkeit richtig erfassen will, so muß man Rerup beipflichten, wenn er seine Schleswigkontakte in den Mittelpunkt rückt. „A. D. Jörgensen wurde die Schlüsselfigur in dieser Zusammenarbeit.“ Besonders enge Bande verknüpften ihn mit dem jungen H. P. Hanssen, auf ihn geht die Herausgabe der „Sønderjydske Aarbøger“ zurück und die Pflege der studentischen Beziehungen Kopenhagens zum Grenzland. Für die dänische Jugend Nordschleswigs schrieb er seine „Vierzig Erzählungen“.

Mit Recht hat A. D. Jörgensen darum 1883 dem norwegischen Reichsarchivar Birkelund bekennen können: „Es ist meinem Leben beschieden, jeden Tag mindestens einmal den Stachel des schweren Loses meiner engeren Landsleute zu fühlen.“

Für sie, für seine schleswigschen Landsleute, hat er sich eingesetzt, im Gedenken

an die schleswigsche Aufgabe hat er gewirkt. In ihr finden wir den roten Faden zum Lebenswerk Jörgensens.

Sein Streben bestand eben darin, seinem Volke wieder eine echte Aufgabe zuzuweisen, für die es sich auch als Staat Dänemark zu existieren lohnte. Überzeugend hat der Verfasser dies dargestellt. Dem totalen Zusammenbruch der nationalliberalen Politik setzte A. D. Jörgensen eine wissenschaftlich gesicherte, revidierte Geschichtsauffassung entgegen, die den Neuaufstieg eines volklichen Dänemarks ermöglichte. Daher seine Beziehungen zur Grundtvigschen Volkshochschule, zum Bauerntum. Er erkannte klar die Begrenzung des Grundtvigianismus, aber er wußte zu genau, daß *die Niederlage von 1864 der politische Zusammenbruch des bürgerlichen Kopenhagens war. Der Wiederaufbau mußte auch das Bauernland, die Provinz, umfassen*. So reiht sich A. D. Jörgensen in die Reihe jener Männer ein, die ein neues Dänemark schufen: Dalgas, Ludwig Schröder, Tietgen usw.

Es ist ein Verdienst Lorenz Rerups, daß er uns diesen A. D. Jörgensen gezeichnet hat, aber auch, daß er uns in A. D. Jörgensen den Heimdänen zeigt, der zum ersten Mal begründet die Front-und-Brücke-Theorie aufstellt und die mögliche Teilung Schleswigs als Ziel eines politischen Strebens proklamiert. Auch wenn Jörgensen ein geistiges Dänemark errichten will, so hält er ein gesundes, spannungsreiches Verhältnis zum Deutschtum für die Existenz des dänischen Volkes für notwendig.

Man hat A. D. Jörgensen später vorgeworfen, daß er sich selbst zu sehr im Mittelpunkt erblickte. Das hat ihm viele Schwierigkeiten bereitet. Aber darf man dies einem Manne allzusehr anlasten, der sich stets seiner Berufung bewußt war? Nur so können wir seine zahlreichen selbstkritischen, aber auch selbstgefälligen Äußerungen verstehen, wenn er erklärt: „Wie bin ich eigentlich Historiker geworden — wenn man es als gegeben ansehen kann, daß ich es bin? Die rein geschichtliche Antwort ist diese: *Weil ich 1864 erlebte*; weil ich, was mich selbst anbelangt, den Drang hatte, eine *Revision unserer Vergangenheit vorzunehmen*, und weil ich mich dann *berufen fühlte*, diese *für alle meine Landsleute zu wiederholen*“ Aus diesem Gefühl des Berufenseins schrieb er dann seine „Redegørelse“, seinen „Werdegang“ — dieses Wort scheint mir besser zu sein als die deutsche Übersetzung mit „Darstellung“.

A. D. Jörgensen ist wirklich einer der wenigen Berufenen, die sich so nennen dürfen. Denn er begründete ein neues Dänemark außerhalb von „Valby bakker“, außerhalb von Kopenhagen. Das Pendant aber zur Hauptstadt war nicht das geschichtslose Jütland, sondern das geschichtsträchtige Schleswig. Das gezeigt zu haben, dafür unablässig gewirkt zu haben mit Wort und Schrift, ist das Verdienst des Heimdänen A. D. Jörgensen. Er war ein „emigrierter Schleswiger“, aber er war doch ein durch und durch echter Schleswiger. Er hat sein schleswigsches Erbe, in

dem stets der Respekt und die Zuneigung zur Kultur des Nachbarn mitschwingt, glänzend dargestellt.

Die Minderheitenordnung, die Deutschland und Dänemark in ihrem gemeinsamen Grenzland geschaffen haben, wird allgemein als vorbildlich und als europäischer Modellfall bezeichnet. Das ist sicherlich richtig. Sie ist ohne Zweifel eine der Grundlagen der guten deutsch-nordischen Beziehungen. Ein solcher Modellfall hat natürlich seinen Preis, auch wenn er unvergleichbar niedriger ist als die Opfer, die an unruhigen Grenzen wohl oder übel dargebracht werden müssen.

„Der Nordschleswiger“ am 25. Juli 1967

Schleswiger über den „Schleswiger“

Eine Passage über den „Schleswiger“ und das „Schleswigertum“ in Dr. Hans Peter Johannsens Vortrag auf der Jahresversammlung 1966 des Grenzfriedensbundes hat eine langandauernde Kontroverse darüber ausgelöst, was es denn nun eigentlich mit dem „Schleswiger“ und dem „Schleswigertum“ auf sich habe. Wir glaubten, die Debatte darüber im letzten Grenzfriedensheft mit der Wiedergabe der so ganz persönlichen Auffassung Willy-August Linnemanns abschließen zu können, stellten aber fest, daß man sich auch weiterhin des Themas angenommen und die Frage nach allen Seiten zu beleuchten anheischig gemacht hat: wir meinen „Sønderjysk Månedsskrift“, herausgegeben von Historisk Samfund for Sønderjylland. Die Juli-Nummer dieser Zeitschrift ist ganz diesem Thema gewidmet und bringt die Meinung einer Reihe bekannter Schleswiger, sowohl von dänischer als auch von deutscher Seite. Das Ergebnis ist eine Vielfalt von Antworten, die sich kaum auf einen gemeinsamen Nenner bringen lassen. Wenn man sie sich genau ansieht, so kann man feststellen, daß die Antworten verschieden ausfallen je nachdem, ob psychologische, soziologische oder historische Argumente im Vordergrund stehen, bzw. in welcher Mischung sie erscheinen. Alle Antworten sind stark individuell geprägt, und die Frage bleibt nach wie vor offen, was die allgemeinen Merkmale des Schleswigers und des Schleswigertums sind. Das Ergebnis der Umfrage, aus der wir übersetzt und im Auszuge einige Antworten bringen, die vor allem auch von der Person her interessieren werden, zeigen in ihren Aussagen eindeutig, daß das Entscheidende das persönliche Erleben ist, das sich auf keinen „Generalnenner“ bringen läßt.

E.B.

Bei den „Flensburger Tagen“ 1967 hat Professor Troels Fink in einem Vortrag über die Schleswiger gesagt, daß früher oder später die Schleswiger in eine Situation geraten, die eine Wahl erfordert. Er muß entweder ein dänischer Schleswiger oder ein deutscher Schleswiger sein. Ich bin mit Professor Fink hierin nicht einig. Ich glaube, daß ein sehr großer Teil der südschleswigschen Bevölkerung immer noch Schleswiger ist, zwischen dänisch und deutsch steht. Sie wissen, daß sie dänischer Abstammung sind. Ihre Sympathien weisen nach Norden, das dänische Wesen, die dänische Lebenseinstellung, die dänische freiheitliche Gesinnung ziehen sie an. Aber, und das ist entscheidend, sie wünschen nicht als eine Minderheit in ihrer eigenen Heimat zu leben, in einem Gegensatzverhältnis zu dem Staat, dem sie nun einmal angehören. Und deshalb ziehen sie sich von der Politik und von dem offenen nationalen Bekenntnis zurück und sind nur Schleswiger.

Fragt man sie nach ihrer nationalen Einstellung, wird man keine ganz klare Antwort erhalten.

HANS RONALD JØRGENSEN

Wenn ich erklären soll, was ich bin, dann betrachte ich mich als deutschen Nordschleswiger oder als Heimdeutschen. Das will also heißen, daß ich vor allem Deutscher bin, nicht Schleswig-Holsteiner, daß ich aber gleichzeitig meine, ein gewisses Verständnis für die dänische Lebensart und Verbindung zu der dänischen Lebensauffassung und den dänischen Lebenswerten zu haben. Ich bin also der Auffassung, daß sowohl deutsch als auch dänisch im Landesteil zu Hause sind und dazu beigetragen haben, ihn zu prägen. Das Deutschtum soll man meiner Meinung nach nicht scharf gegen die Einflüsse vom Norden abgrenzen. Es ist einleuchtend, daß das Deutschtum auf diese Weise vielleicht ein besonderes Gepräge erhält und daß die Möglichkeit besteht, sich entweder mehr nach Süden oder mehr nach Norden zu orientieren. Weder deutsch noch dänisch sind etwas Fremdes hier im Landesteil.

HARRO MARQUARDSEN

Aus meinen gelegentlichen Gedankengängen über „das Schleswigsche“ geht erstens hervor, daß es sich, wie erwähnt, um einen Lokalpatriotismus, den es an vielen Stellen in kleinen geschlossenen Gesellschaften gibt, handelt. Zweitens, daß dieser Lokalpatriotismus, als Lebensgrundlage betrachtet, ein geschichtliches Phänomen ist, geschichtlich verstanden als etwas Überstandenes, etwas nicht mehr Existierendes. Als Lebensgrundlage müßte nämlich auch „das Schleswigsche“ einen kulturellen Inhalt besitzen, und, da drittens eine schleswigsche Kultur nicht existiert, wird eine schleswigsche Lebensgrundlage keine Möglichkeit haben von dem Zeitpunkt an, wo dänische bzw. deutsche Kultur als Angebot oder Forderung sich meldet, also von dem Zeitpunkt an, wo die Bevölkerung des Landesteiles zum dänischen bzw. deutschen Bewußtsein „erwachte“. Oder schärfer ausgedrückt, als eine Subkultur, als eine Volkskultur kann das Schleswigsche wohl eine ausreichende Lebensgrundlage für die breite Masse gewesen sein, aber seit jener Entwicklung von „almue“ zum Volk, die sich in dem letzten Teil des 19. Jahrhunderts vollzieht, wird die dänische bzw. deutsche Kultur im weitesten Sinne eine persönliche Notwendigkeit als „Oberbau“ eines stärkeren oder schwächeren Lokalpatriotismus werden. Und deshalb meine ich, daß wir schon längst den letzten Schleswiger gehabt haben...

ANDERS FEILBERG JÖRGENSEN

Mein „politisches Credo“ heißt also: zweiströmiger, dänischgesinnter Schleswiger. Niemals habe ich verheimlicht, daß ich die Namen Schleswig und Schleswiger besonders gern mag. Ich habe immer sehr gern diese Namen verwendet. Rein philologisch gesehen enthalten sie gar nichts Deutsches — es kann notwendig sein, es zu unterstreichen. Aber die Frage: sind wir Schleswiger oder Sønderjyder? ist im Grunde falsch formuliert. Es gibt gar kein Entweder-Oder. Beide Namen haben das gleiche Recht. Jeder kann nach Belieben wählen. Jedoch muß beigefügt werden, daß ein deutscher Schleswiger sich niemals als Sønderjyde bezeichnen wird. Ein Sønderjyde bedeutet immer ein dänischer Schleswiger.

Ich protestiere, wenn man im Norden behauptet, daß ein Schleswiger entweder dänisch mit Vorbehalten gegenüber Dänemark — oder deutsch mit Vorbehalten gegenüber Deutschland — ist. Ich erlaube mir, auch dies zu meinem „politischen Credo“ zu machen: daß in mir als zweiströmigem dänischem (dänischgesinntem) Schleswiger keinerlei Vorbehalte gegenüber Dänemark existieren.

JACOB KRONIKA

Das „Schleswigsche“ ist für mich ein Heimatbegriff im weitesten Sinne, der sowohl die uralte Verbindung des Geschlechtes mit dem Lande, die Menschen, die mir in ihrem Wesen ähneln, gemeinsame Sitten und Bräuche, die Landschaft, die Städte, ja sogar die Häuser in der Welt der Kindheit als auch die Narben, die eine bittere geschichtliche Entwicklung in dem Gesicht der Heimat hinterlassen hat, umfaßt.

Obwohl ich nicht glaube, daß „ein Schleswiger ein Produkt der Begegnung zwischen dänisch und deutsch in dem alten Herzogtum ist“, sondern daß er ohne dieses ein Schleswiger sein würde, so wie ein Bornholmer ein Bornholmer ist, wird niemand leugnen können, daß der Schleswiger durch die Begegnung zwischen dänisch und deutsch im Grenzland geprägt worden ist...

Alle solche Betrachtungen sind generell und passen nicht für jeden. Aber die wirkliche und unberechtigte Verallgemeinerung geschieht meines Erachtens mit dem Begriff „Zweistromigkeit“. Der Schleswiger erscheint hier als ein fast kirkegaardischer Grübler, der in seiner Brust einen Drachenkampf zwischen seinen zwei Strömen ausficht als eine gespaltene Person.

Es gibt diese Menschen in Schleswig, aber als absolute Ausnahmen, die oft durch national gesehen besondere Familienverhältnisse entstanden sind. Normalerweise lebt der Schleswiger in voller Harmonie mit sich als

Dänischgesinnter oder Deutschgesinnter mit gemeinsamem Heimatgefühl, und es fällt ihm nur halb so schwer, seine Verbindung mit beiden Kulturkreisen zu vereinen, als es die Zuschauer, die ihn von außen als sonderbaren Fisch im Aquarium betrachten, wahrhaben wollen.

ERNST SIEGFRIED HANSEN

Der Schleswiger ist heutzutage wohl nur ein Relikt, ein nicht vollauf gewürdigtes, vorhistorisches Überbleibsel; das geht deutlich daraus hervor, wenn er oder sie als ein Zwischending zwischen dänisch und deutsch definiert werden. So muß es in einer Zeit sein, in der fast jegliche Kulturvermittlung ein nationales Gepräge erhält und in nationale Rahmen eingeordnet ist. Wir haben nur die Kategorien dänisch, deutsch, französisch usw. — was dazwischenliegt, ist etwas Unklares, etwas Langweiliges, etwas, das sich zwischen zwei Stühle gesetzt hat, ein Weder — Noch.

Nun ist das Schleswigsche nur ein Relikt. Nachdem die Möglichkeit der Wahl gegeben ist und nachdem die Kinder entweder in deutscher oder dänischer Richtung erzogen werden, kann das Schleswigsche nur ein künstlicher Zustand sein, eine Zweiströmigkeit, in der man, mehr oder weniger fest in der einen Kultur verankert, eine Art unglückliche Liebe zur anderen hegt. Gelegentlich kann das Schleswigsche wohl auch als ein nationalpolitischer Neutralitätswille auftreten — man will weder das eine noch das andere, obwohl man wohl entweder deutsch oder dänisch in allen anderen Bezügen außer in bewußten nationalen Kundgebungen ist.

Es ist im Grunde schade, daß das Schleswigsche so zu einem künstlichen Zustand oder zu einer Art Unentschlossenheit reduziert worden ist. Das bedeutet einen Klang weniger in dem europäischen Konzert, einen Zug, der aus der Physiognomie des Grenzlandes ausgelöscht worden ist. Aber man darf auch nicht vergessen, daß das Schleswigsche von einer Lebensart überwunden wurde, die die Zukunft in sich trug und noch immer in sich trägt, von der vom Volkswillen getragenen modernen Gesellschaft, die dem einzelnen enormen kulturellen und materiellen Reichtum, allerdings auch manches andere gebracht hat. Wenn diese Gesellschaft umstrukturiert wird, kann das Schleswigsche vielleicht in der einen oder anderen Form wieder auftauchen, jedoch niemals in der Unschuld des Ursprungs, dazu verdanken wir dem nationalen Staat zu viel.

LORENZ RERUP

„Es geht bei gedämpfter Trommel Klang...“

Zu einem dänischen Gedicht, das ein deutsches Volkslied wurde

Wir haben es in der Schule gelernt, aber wir sangen es auch, wenn wir großen Jungen im Sommer vom Baden in den „Karpfenteichen“ — die längst trockengelegt sind — den Quakenweg und die Lecker Chaussee nach Hause in die Stadt gingen. Die leicht eingängige Melodie von Friedrich Silcher, die sich in einem so schmalen Raum bewegt, daß man sie auch mit beginnendem Stimmbruch beherrschen konnte, verlockte zu einer freien zweiten Stimme. Noch liegt mir der volle Klang im Ohr.

Der Text ließ in uns, die wir den Tod wohl kaum in seiner Endgültigkeit nachempfinden konnten, ein fast wohliges Gruseln aufkommen. Merkwürdig, das „Liederbuch für preußische Schulen“, in dem das Lied stand und das doch gewiß auch der Erziehung zu einem militärischen Heroismus dienen sollte, enthielt außer dem Lied, von dem hier die Rede ist, noch ein anderes, in dem das Los eines militärischen Verbrechers, wenn auch nicht geradezu glorifiziert, so doch mit einem romantischen Nimbus umgeben wurde, das Lied „Zu Straßburg auf der Schanz“, wo das Alphorn den jungen Soldaten zur Fahnenflucht verleitete. Dazu kam noch das Volkslied „O Straßburg“, in dem der unerbittliche Hauptmann in der letzten Strophe die weinende Mutter anherrscht „Euer Sohn und der muß sterben in weit und breitem Feld“, und das schwermütige „Morgenrot, leuchtest mir zum frühen Tod“. Wahrlich keine Texte, die Kriegsbegeisterung erregen konnten, oder war das höchste psychologische Raffiniertheit, die lange vor Sigmund Freud den Todestrieb im Unbewußten entdeckt und in den Dienst der Erziehung zur Kriegsbegeisterung gestellt hatte? Vielleicht war es auch nur die psychologische Unerfahrenheit des Herausgebers, und das ist wohl das Wahrscheinlichste. Regierungs- und Schulrat Geheimrat Dr. Karl Theodor Schneider, der das Liederbuch für den Regierungsbezirk Schleswig zusammenstellen ließ, hatte, äußerlich gesehen, damit eine glückliche Hand bewiesen. Denn schon nach einem Jahr ordnete der preußische Kultusminister in Berlin den Gebrauch des in unserm Lande entstandenen Buches für alle Schulen des gesamten preußischen Staates an. Es wurde über ein Menschenalter, bis zum Jahre 1918, benutzt. —

In unserm Lied begleitet der Klang der gedämpften Trommeln den Todeskandidaten zur Stätte der Erschießung. Der fiktive Erzähler, der zum Exekutionskommando gehört, hat „auf der Welt nur ihn geliebt, nur ihn, dem man jetzt den Tod doch gibt“. Die andern zur Hinrichtung kommandierten Soldaten

schießen vorbei, „sie zittern alle vor Jammer und Schmerz“, aber der Erzähler, sein bester Kamerad, bekennt, „ich, aber ich traf ihn mitten ins Herz“.

*

In manchen Anthologien wird der Text *Adalbert von Chamisso* zugeschrieben.¹ In Wirklichkeit hat der als Franzose geborene deutsche Dichter (am bekanntesten durch seine Erzählung „Peter Schlemihl“ und die in die Schullesebücher hineingekommenen Gedichte „Das Schloß Boncourt“ und „Die alte Waschfrau“) den Text aus dem Dänischen übersetzt. Der Dichter ist H. C. *Andersen*.

Chamisso und Andersen waren miteinander gut befreundet. Auf seiner ersten Reise durch Deutschland 1831 suchte Andersen, mit einem Empfehlungsschreiben des von Langeland gebürtigen und schon damals berühmten Physikers H. C. Örstedt versehen, den auch schon recht bekannten deutschen Dichter auf, der in Berlin als Kustos des Botanischen Gartens lebte. H. C. Andersen war damals noch längst nicht der weltberühmte Märchendichter. Zwei Jahre zuvor erst hatte er nach mühevoller und peinlicher Hinaufarbeiten aus allerärmlichsten Verhältnissen sein „zweites Examen“ (Philosophikum) bestanden. Seine dichterischen Versuche waren zum Teil unbeachtet geblieben bzw. von der zünftigen Kritik unbarmherzig verrissen worden — bis auf ein Bändchen Gedichte, von dem auch Chamisso begeistert war. Er schrieb darüber eine sehr lobende Besprechung in dem „Morgenblatt für gebildete Stände“ und war damit der erste, der die künftige Weltberühmtheit Andersens vorauszuahnen schien. —

*

Offensichtlich liegt dem Text eine wahre Begebenheit zugrunde. H. C. Andersen war — was sich leicht nachweisen ließe — in allen politischen Dingen von einer fast rührenden Naivität, aber er war immerhin ein guter und königstreuer dänischer Patriot. Es ist schwer denkbar, daß er die Hinrichtung eines militärischen Schwerverbrechers, der sich gegen sein Vaterland vergangen hat, mit einem romantischen Schimmer umdichtet hätte. Aber der Soldat und seine Kameraden, die ihn erschießen müssen, sind auch keine Dänen. Es sind *Spanier*, Angehörige eines spanischen Korps, das zur Zeit der frühen Kindheit Andersens, im Jahre 1808, auf Langeland und Fünen und damit auch in Andersens Geburtsort Odense in Quartier lag. Dänemark stand damals auf der Seite Napoleons. Es war auf seine Seite getrieben worden durch die Wegnahme seiner Flotte durch die Engländer und die Forderung Schwedens auf Abtretung Norwegens. Nach der Kriegserklärung Schwedens schickte Napoleon eine Hilfsarmee durch Schleswig-Holstein, die unter dem Oberbefehl *Bernadottes* stand. Das Hauptkontingent dieser Hilfsarmee bestand aus Spaniern, die dem *Marquis de la Romana*

¹ Zuletzt in Hartmann Goertz „Lieder aus der Küche“, Ehrenwirth, München, und Deutscher Taschenbuchverlag, München.

unterstellt waren. Den Söhnen des Südens gefiel es in unserm rauhen Norden nicht, außerdem hatte in ihrer Heimat schon die Erhebung gegen die napoleonische Besetzung begonnen. Desertionen nahmen überhand, und es kam zwischen den Spaniern und den französischen Truppenteilen immer wieder zu Reibereien, denen General de la Romana mit äußerster Strenge zu begegnen versuchte. Aber hören wir nun Andersen im „Märchen meines Lebens“:

„Die französischen Soldaten wurden als übermütig und befehlshaberisch bezeichnet, die Spanier als gutmütig und freundlich, zwischen beiden herrschte ein blutiger Haß; die armen Spanier erregten vor allem Mitleid. — Eines Tages nahm ein spanischer Soldat mich auf den Arm, drückte ein silbernes Bild an meine Lippen, das er auf seiner bloßen Brust trug. Ich weiß noch, daß meine Mutter deswegen böse wurde, denn es sei etwas Katholisches, sagte sie, aber mir gefielen das Bild und der fremde Mann, der mit mir herumtanzte, mich küßte und weinte, er hatte sicherlich selbst Kinder daheim in Spanien. Ich sah, wie einer seiner Kameraden zum Richtplatz geführt wurde, der hatte einen Franzosen ermordet; viele Jahre später, in Erinnerung daran, schrieb ich mein kleines Gedicht ‚Der Soldat‘, das, von Chamisso übersetzt, dort volkstümlich wurde und als deutsches Original in die deutschen Soldatenlieder“ aufgenommen wurde.“

Man kann es dahingestellt sein lassen, ob H. C. Andersen, der zu der Zeit nur drei Jahre alt gewesen sein kann, hier wirklich aus eigener Erinnerung berichtet oder ob ihm die Episode von der Hinrichtung des spanischen Soldaten von andern erzählt worden ist. Denn das „Märchen meines Lebens“ ist als Autobiographie genausowenig zuverlässig wie etwa Goethes „Wahrheit und Dichtung“. Auf jeden Fall haben wir hier die bemerkenswerte Tatsache, daß eine sich unter Spaniern in Dänemark abspielende Episode, von dem berühmtesten Dichter Dänemarks poetisch verklärt, von einem Deutschen, der als Franzose aufgewachsen ist, übersetzt, zu einem deutschen Volkslied wurde.

Die Unbotmäßigkeit der spanischen Soldaten in Dänemark wurde bald danach zu einem regelrechten Aufstand. Er wurde insofern erfolgreich, als die Engländer, die noch die Insel Anholt im Öresund besetzt hielten, die Spanier, durch eine dänische Flotte nicht behindert, in Nyborg einschifften und zum Kampf gegen die Franzosen in ihre spanische Heimat brachten. Dabei ist dann noch der Marquis de la Romana gefallen — im Kampf *gegen* Napoleon.

Bei der Einschiffung in Nyborg gelang es nicht, den gesamten Troß der Spanier zu übernehmen. Eine Anzahl spanischer Pferde edelsten Blutes mußte zurückgelassen werden. Aus diesen Pferden soll die Rasse der „Knastruper“ gezüchtet worden sein, von der man auch heute noch manchmal ein Exemplar als gutdressiertes Zirkus Pferd auftreten sieht.

Innerhalb der Wälle von Alt-Kopenhagen

Über dem Hauptportal des Kopenhagener Rathauses, 1905 von Martin Nyrop im bürgerlich nachempfundenen italienischen Renaissancestil errichtet, thront der mächtige Erzbischof und Kriegsherr Absalon wie ein Schutzheiliger. Urban Hansen, der ideenreiche Oberbürgermeister der Stadt, hat ihn neu vergolden lassen, so daß er am Tage in der Sonne strahlt und bei Nacht im Neonlicht glitzert. Kein Wunder, es war ja Absalon, der Anno 1167 drüben, auf Slotsholmen, eine Schutzburg errichtete, die dem Lande, wie sein Hofjournalist Saxo Grammaticus vermerkt, zu großem Schutz gereichte, „denn die Piraten liebten es nicht mehr, sich in der Nachbarschaft aufzuhalten, und die Kinder des Landes konnten sicher in den Gewässern verkehren“.

Jetzt, da die 800-Jahr-Feiern verrauschen und es am „Strøg“ keinen „längsten Tisch der Welt“ mehr gibt wie am Höhepunkt der Festlichkeiten, könnte man mit sanfter Ironie sich selbst dementieren mit dem Hinweis: Es war ein Burgjubiläum, aber kein Stadtjubiläum. Und doch wurde Kopenhagen, vor 800 Jahren nur ein kaum bekannter „Hafn“ an dem zwischen Seeland und Amager verlaufenden Gewässer, im eigentlichen Sinne durch den Burgbau gegründet. Nur, die ersten Stadtrechte erhielt „Hafnia“, wie man lateinisch in Absalons Kanzlei schrieb, erst Anno 1254, und den vollen Status als Stadt sogar erst Anno 1443, weshalb denn Kopenhagen auch 1943 trotz Besatzungszeit 500-Jahr-Feiern abhielt. Urban Hansen liebt das Tempo: Von 1943 bis 1967 legte er dreihundert weitere Jahre zurück.

Für Absalon war der Platz, über den er heute vergoldet hinwegblickt, nur eine grüne Wiese westlich von „Hafnia“, das, gruppiert um die nicht mehr vorhandene St.-Clement-Kirche, die ältesten Straßen umfaßte: Farvergade, Lavendelstræde, Kattesundet, Vestergade. Von Absalon selbst, dem Sproß des alten dänischen Adelsgeschlechts der Hvide, der in seiner Jugend in Paris das Schwert des Geistes neben dem der Hand zu schwingen lernte, haben wir das greifbare Zeugnis in den Kellergewölben des Schlosses Christiansborg: Reste der Ringmauer und des Brunnens seiner Burg, an der Wenden und Piraten sich den Kopf einrannten, bis es der Hanse, die mit niemandem die Heringsschwärme des Øresunds teilen wollte, Anno 1368 gelang, die Burg zu zerstören.

Touristen, die für nur kurze Zeit am Hauptbahnhof oder im Air-Terminal eintreffen, sehen im Grunde die Stadt aus einer „schiefen“ Perspektive. Denn Alt-

Kopenhagen ist nicht, wo das Rathaus liegt, das sie für den Mittelpunkt halten, sondern beginnt erst, wo die vielbesungene Haupteinkaufsstraße des „Strøg“ vom Rathausplatz abbiegt. Was wir, die wir uns an den Mönchsziegelmauern orientieren, als Alt-Kopenhagen betrachten, liegt diesseits des Wallgrabens und der Wälle, innerhalb derer im Mittelalter die Stadt lag. Sieht man die Stadt aus der Perspektive etwa des stimmungreichen Graabrødretorv, so wird der Plan übersichtlich, auch wenn es Wallgraben und Wälle nicht mehr gibt, und das Rathaus Urban Hansens mit seinem vergoldeten Absalon rückt an die Peripherie. Die Wallanlage ist an den Straßennamen Vestervoldgade und Nørrevoldgade abzulesen. Nur die Gothersgade, die etwa das mittelalterliche Stadtgebiet nordostwärts begrenzte, erinnert namensmäßig nicht mehr daran. Denn in diese Richtung wuchs die Stadt im 16. und 17. Jahrhundert über sich selbst hinaus, vom Nørreport wurden Wallgraben und Wall weitergezogen zum Østerport und herüber zu dem Eckpfeiler des Kastells, so wie auf der vorgelagerten Insel Amager der Stadtteil Christianshavn entstand und befestigt wurde. Was aber in der mittelalterlichen Stadt lag, war ein Gedränge von tief gestaffelten Bürgerhöfen und -häusern um Frue Kirke, St. Petri, Helligaandshuset, St. Nikolai und St. Clement. Wo der Wallgraben war, sind heute die Parkteiche, wo die Wälle waren, ist heute ein grüner Gürtel.

Von diesem Blickpunkt aus wird aber auch der Plan der jüngeren Stadtteile übersichtlich. Nicht nur erinnern die „Boulevards“ — schlichtweg aus dem Französischen übernommen — an die Bollwerke, mit denen die ursprünglichen Wälle stärker gemacht wurden, sondern man erkennt auch das Strahlensystem der Brücken in den heutigen, aus dem Stadtkern in die Weite führenden Straßen: Vesterbrogade, Nørrebrogade, Østerbrogade. Aus den Toren gelangte man auf Felder und Wiesen, deren Namen noch auf der Stadtkarte stehen, wie Blegdamsfælled, Nørrefælled, Østerfælled, Ladegaard, Søndermarken. Und vor dem westlichen Tor entstand der neue Rathausplatz, anschließend auf altem Wallgelände der Vergnügungspark „Tivoli“, dessen Hauptsensation es anfangs war, daß man durch die Astlöcher des Holzzaunes das „Dampfroß“ der ersten Eisenbahn Kopenhagen—Roskilde sehen konnte.

Wer sich aber in Alt-Kopenhagen verliebt hat, der nimmt nur stirnrundelnd zur Kenntnis, was sich außerhalb der Wallanlage befindet. Hier drinnen, wo kein Lineal den Verlauf der Straßen und Gassen bestimmt hat, wo der Antiquitätenhändler seinen Laden zumacht und mit einem Zettel bekanntgibt, daß er in ein paar Stunden wiederkommt, wo man in düsteren Kellergeschäften in Bergen von Familiensilber wühlen kann und der Weinhändler mehr daran interessiert zu sein scheint, daß man seine Weinprobe für gut hält, als daß man etwas kauft, wo Studenten sonder Zahl im „Latinerkvarter“ um die hoffnungslos verstreuten Hörsäle der Universität schwärmen wie Motten um das Licht, ist

Kopenhagens Patina. Und Kopenhagener Patina ist am Gammel Strand, wenn man hinüberblickt nach Christiansborg und hinüberwandert zur Börse, zu den „roten Gebäuden“ der Ministerien, in den Innengarten der Königlichen Bibliothek, wo einst Kriegshafen war, und zur Reitbahn mit seinen Arkadengängen.

Was das ist, ist schwer zu definieren. Ist man beispielsweise in Rothenburg ob der Tauber, so weiß man: Was du hier erlebst, ist das Original einer mittelalterlichen Stadt, und selbst Spitzweg hat es nicht so gut machen können. Demgegenüber hat Kopenhagen weit weniger mittelalterliche Gebäude aufzuweisen als „Ildebrandhuse“ aus dem 18. Jahrhundert. Viele Kräfte, Menschen wie Elemente, haben ihr Bestes getan, um zu vernichten, was wirklich alt war. Schon Anno 1369 schickten die Lübecker — die ich um Verzeihung bitte — 47 Steinhauer nach Kopenhagen mit dem Auftrag, in der eroberten Stadt nicht einen Stein auf dem anderen zu lassen. Die Schweden rückten an, die Engländer überschütteten die Stadt mit Geschossen und Congraveschen Brandraketen. Dennoch gibt es eine größere Katastrophe: Anno 1728, der große Brand.

Drei Tage wütete die Katastrophe, die in einem Eckhaus der Lille St.-Clement-Straße begonnen hatte, unmittelbar hinter dem Westtor. Es war am 20. Oktober, Höfe und Häuser waren vollgestopft mit Wintervorräten an Torf, Holz, Korn und brannten wie Zunder. Als man endlich Herr der Lage war, lagen von den 4087 Häusern der Stadt 1670 in Asche, 5 Kirchen, das alte Rathaus und fast alle öffentlichen Gebäude lagen in Trümmern. Der Wiederaufbau ging erstaunlich schnell, die „Feuersbrunsthäuser“ schossen, als man erst eine Brandversicherung auf Gegenseitigkeit geschaffen hatte, wie Pilze aus dem Boden. Als der junge Buchdrucker Ernst Henrich Beding, der Gründer des Berlingschen Pressehauses, 1731 aus Hamburg nach Kopenhagen kam, war Kopenhagen fast eine einzige Baustelle.

Aber was war von dem ältesten Kopenhagen übriggeblieben? An Monumentalbauten bis auf den heutigen Tag nur die alte Halle von Heiliggeist, versteckt und verdeckt von Kirchenneubau und Annex, und der Kernbau der Deutschen St.-Petri-Kirche. Dem Verfasser, der täglich mit Restaurierungssorgen an diesem Kirchengebäude mit seinem herrlichen Barockturm und seinen historischen Grabkapellen zu tun hat, widersteht hier der Versuchung, erzählen zu wollen, wie Kriegsgeschrei und Pest, Mord und Brand, aber auch Gläubigkeit und Hingabe, Lebenskraft und Unverdrossenheit eins geworden sind mit den tiefen Narben und hohen Gewölben eines solchen Bauwerks. Nun, trotz des Wenigen, was aus alter Zeit noch da ist, und des Vielen, das erst nach dem großen Brand von 1728 emporwuchs, singt man in aller Welt von „wonderful Copenhagen“, und die „Dänische Rundschau“ des Königlich Dänischen Außenministeriums kann in einem eindrucksvollen Sonderheft drucken, „daß das vibrierende Graulicht der Kopenhagener Atmosphäre dem vertraut-beschaulichen Betrachter eine Unzahl

köstlicher Nuancen enthüllt“.

Ist man ein so ansprochener Betrachter, der nicht nur beschaulich, sondern auch ein (mit geschichtlichen Vorfällen) vertrauter ist, so ist es tatsächlich nicht so schwer, die Steine reden zu hören. Im Geiste sitzt dann noch die Königstochter Leonora Christina im Blauen Turm des alten Schlosses, Struensee flirtet mit der jungen Königin Caroline Mathilde im *chambre séparée* des Königlichen Hoftheaters, nicht ahnend, daß sein Kopf bald auf einer Stange vor dem Westtor stecken wird, die entzückende Johanne Luise Heiberg reißt junge Poeten zu lyrischen Gedichten hin, Sören Kierkegaard geht bei flackerndem Kerzenlicht in seiner Wohnung in der Nørregade von einem Stehpult zum anderen, unsterbliche Gedanken zu seinem Privatvergnügen niederlegend.

Gut, wer mit allen diesen Ereignissen und Gestalten und vielen mehr von der Schulbank her aufgewachsen ist, für den sind die Straßen und Gassen Alt-Kopenhagens mit eigenartigem Leben erfüllt, und nicht nur mit hübschen jungen Mädchen, die in ihren Miniröcken so verführerisch aussehen und doch so zurückhaltend sind wie das ganze gedämpft redende, in kleinen persönlichen Zirkeln lebende und doch solidarisch in einer nationalen Interessengemeinschaft miteinander verbundene dänische Volk. Aber haben nicht auch ganz Fremde soviel Freude an dieser Stadt? Beispielsweise haben Amerikaner, die nach Europa kommen, das Ziel der Klasse versäumt, wenn sie Kopenhagen nicht gesehen haben. Und wenn es Hochsommer ist, so hat man Mühe, am „Strøg“ unter den Touristen aus aller Herren Ländern noch die Dänen herauszufinden.

Wie also wollen wir es erklären? Wir könnten sagen: Alles dies, was aus der Vergangenheit kommt und in der Gegenwart ist, prägt eine Stadt, wie viel oder wie wenig man auch darüber weiß. Oder wir könnten geltendmachen: Die Stadt ist davon geprägt, daß sie einst Hauptstadt eines großen Reiches war, aber das Glück hat, den Händeln zu entgehen, die damit verbunden sind, es zu sein. Oder vielleicht stimmt es, wenn wir meinen: sie hat eine merkwürdige Fähigkeit, Unvereinbares miteinander zu vereinen, wie nun den Rummel in den spitzgiebeligen Häusern des Nyhavn-Viertels mit dem vornehmsten Platz der Stadt, Kongens Nytorv, direkt daneben, oder das Sinfoniekonzert im Tivoli-Konzertsaal mit der Rutschbahn nebenan, auf der die verliebten Paare kreischen. Oder sollten wir wagen zu behaupten: Die Stadt hat Charme und doch Charakter. Es gibt viele Nenner für die Wirkung dieser Stadt, aber keinen Generalnenner.

Skandinavien und der Kontinent

Der nachstehende Beitrag über das Verhältnis Skandinavien—Europa wird im Hinblick auf die gegenwärtig erneut in Fluß geratene Frage des wirtschaftlichen Anschlusses an die EWG das besondere Interesse unserer Leser finden. Die Wiedergabe geschieht mit freundlicher Genehmigung des Verfassers und ist entnommen der deutschen Ausgabe der EWG-Zeitschrift „europäische gemeinschaft“ (Beilage „Europa in Wissenschaft und Bildung“) Nr. 11/1966. In einer Schlußbemerkung wird die Entwicklung seitdem berücksichtigt.

Von einer historisch gewachsenen Einheit „Skandinavien“ kann nicht gesprochen werden. Skandinavien kennt keine politische Einigungsbewegung, wie sie Deutschland und Italien im 19. Jahrhundert erlebten. Zwar hat die Bewegung des „Skandinavismus“ im 19. Jahrhundert ihre Argumente sehr stark aus den relativ kurzen Zeiträumen herzuleiten versucht, in denen der Norden — wie insbesondere während der „Kalmarer Union“ des 15. Jahrhunderts — als politische Einheit in Erscheinung trat. Dieser historische, im wesentlichen von der Akademikerschaft getragene „Skandinavismus“ erstarb indessen bereits im Jahre 1864, als Dänemark vergeblich auf eine wirksame nordische Solidarität und Waffenhilfe im Kriege gegen Preußenösterreich hoffte.

Es fehlten die „nationalen“ Voraussetzungen im Sinne des 19. Jahrhunderts, um eine staatlich orientierte Einigungsbewegung zu ermöglichen. Man empfand sich nationalstaatlich nicht als „ein Volk“. Die historische Tradition wies andere Wege. Norwegen löste sich 1905 aus einer erzwungenen Union mit Schweden. Diese Trennung wird noch heute als nationale Befreiung empfunden. Das schwedisch-finnische Reich zerfiel 1809, und Finnland wurde erst 1917 eine unabhängige Republik. Island löste die Personalunion mit Dänemark im Jahre 1944.

Von dem Standpunkt einer ausschließlich optisch-außenpolitischen Wertung aus ergibt sich ebenfalls für die Gegenwart der Eindruck eines eher politisch heterogenen Gebildes: Alle fünf Staaten gehören zwar der UNO an, indessen sind nur Norwegen, Dänemark und Island Mitglieder der NATO. Island bildet bereits seit dem letzten Kriege eine Flugbasis der Amerikaner. Schweden bewahrt seit 150 Jahren eine betonte Neutralität, und Finnland ist durch Friedens- und Beistandspakte mit Sowjetrußland in seiner Handlungsfreiheit sehr eingeschränkt.

Skandinavische Gemeinsamkeiten

Indessen läßt andererseits nicht nur eine enge Verwandtschaft der Sprachen —

hier mit Ausnahme der finnischen — überzeugende Elemente einer politisch-strukturellen „Einheitlichkeit“ Nordeuropas sichtbar werden.

Der Norden kennt als Gesamtheit eine weitgehend autonome, durch starke Volksüberlieferung getragene Rechtsentwicklung, die in wesentlichen Bereichen von römisch-rechtlichen Einflüssen unberührt blieb oder diese Einflüsse durch eigene Rechtstraditionen band. Die Verwandtschaft der inneren Verfassungen ist Ausdruck einer sich ähnelnden inneren Entwicklung der Staaten. Die jahrhundertelange politische Zusammengehörigkeit Schweden-Finnlands und Dänemark-Norwegens führte zu einer Angleichung dieser Staaten in Rechtspflege und Verwaltung.

Wichtige historische Perioden, wie der Absolutismus, erfuhren im Norden eine eigentümlich „freiheitliche“ Ausprägung. Schweden hat einen inneren Absolutismus im kontinental-europäischen Sinne nie gekannt. Die dänisch-norwegische absolutistische Periode, die „Alleinherrschaft“ oder „Enevælde“, wurde wesentlich durch einen „administrativen Liberalismus“ geprägt und ließ wichtige Bereiche innerer Selbstverwaltung unberührt. Die in der neueren Geschichte einzigartige Erscheinung, daß der Absolutismus des Königs durch ein offizielles Staatsgrundgesetz eine verfassungsrechtliche Sanktionierung erfuhr, wie in der „lex regia“ (1665) der dänisch-norwegischen Geschichtsentwicklung, vermittelte dem nordischen „Liberalismus“ dieser Epoche eine Grundlage. Diese Grundlage war ihrem Ursprung nach rechtlich-politischer Natur, weil die „lex regia“ das Resultat eines bürgerlichen Aufbegehrens gegen den Adel — zugunsten des Königs — war.

Grundtvigs Volkshochschulen...

Ein Rückblick auf das, was als „historisch geworden“ offensichtlich unsere Gegenwart mitbestimmt, kann nicht die Wirksamkeit des Dänen Grundtvig im 19. Jahrhundert unberücksichtigt lassen. Grundtvig ist der geistige Vater der „Volkshochschulen“, die seit seiner Zeit einen typischen Bestandteil des nordischen, insbesondere des inneren dänischen Bildungswesens bilden. Die Volkshochschulen erfassen auf freiwilliger Grundlage die Schulentlassenen — die „Jugendlichen“ und nicht die Kinder —, um in freier Rede und Gegenrede und durch umfassende, auf das Leben ausgerichtete Bildungspläne jene Sicherheit zu vermitteln, deren der Bürger bedarf. Diesen Schulen sind viele profilierte, meist bäuerliche Politiker — bis in die Gegenwart hinein — entwachsen.

Grundtvig versuchte, an die Stelle der vom Süden eindringenden, als „spekulativ“ empfundenen Denk- und Bildungssysteme pragmatisch und empirisch geprägte Ausbildungsgrundsätze und -methoden zu setzen unter Anlehnung an das angelsächsische Vorbild.

Dieser gepflegte Empirismus beherrscht seitdem in ständig wachsendem Maße

auch die sonstigen schulischen und akademischen Lehrgrundsätze der skandinavischen Staaten. Die Unterschiedlichkeit von „germanisch“ und angelsächsisch bestimmten Lehrsystemen bildete noch vor Jahren einen Erörterungsgegenstand des dänischen Folketings. Sie wurde ebenfalls vor Monaten noch von innernordischen Fachgremien erörtert.

... und der Begriff des Volks

Seit Grundtvig und seiner Generation ist ebenfalls bis in die Gegenwart hinein ein politischer Bereich des „Volklichen“ (dänisch: folkelig) in einer für den Norden typischen Bedeutung erhalten geblieben. „Volklich“ ist als ein politischer Terminus zu werten. Die Wortbildung unterscheidet sich ihrem Inhalt nach deutlich von dem deutschen Sprachgebrauch, und eine Übertragung mitteleuropäischen Denkens auf den Norden würde hier den Zugang zu dessen Denkstruktur verschließen. „Volkliche“ Gesichtspunkte sind weitgehend mit demokratischen Gesichtspunkten gleichzusetzen. Ein als „volklich“ legitimierter Sachverhalt oder eine „volklich“ bestimmte Zielsetzung sind als befreit von staatlich-formalen Gesichtspunkten — zugunsten einer breiten und unverfälschten demokratischen Billigung — gekennzeichnet.

„Volkliche“ Gesichtspunkte standen ebenfalls in der politischen Erörterung der Marktintegration mehrfach im Vordergrund. Die Delegierten der Vereinigungen „Norden“ sprachen — um hier ein Beispiel anzuführen — im August 1961 die Erwartung aus, daß die pragmatisch bestimmte Form der innernordischen Zusammenarbeit eine Berücksichtigung erfahre — denn: deren „Weiterführung“ werde „ein Prüfstein dessen sein, wie weit volkliche Kräfte innerhalb des Rahmens des neuen Europa Möglichkeiten erhalten“ würden, „um sich entfalten zu können“. Das „volkliche“ Postulat dient der Abwehr staatlich-institutionellen Denkens zugunsten überkommener freiheitlicher politischer und rechtlicher Traditionen. In dem Eröffnungsaufsatz der Zeitschrift „Europa“ (1959) der 1958 gegründeten „nordisch-europäischen Volkshochschule“ Snoghøj (Dänemark) stellt der Verfasser und Leiter der Anstalt — ein Jurist — unter anderem fest: „Das, was mich gegenüber einem isolierten dänischen Beitritt zur EWG, ohne den Norden und England, bedenklich stimmt, hängt damit zusammen, daß die ... EWG-Länder in den alten Wirkungsbereich des römischen Rechts in Europa fallen, während der Norden und England rechtlich eine ganz andere Entwicklung nahmen ...“ Der „tiefgehende Unterschied in der Rechtsauffassung brachte auch eine völlig verschiedene Auffassung von dem Verhältnis von Staaten und Menschen mit sich. Auf der Grundlage des römischen Rechts war und blieb der Staat und seine Machtfülle Nummer eins und die Menschen ein Werkzeug in dessen Diensten, während wir im Norden und England immer daran festgehalten haben, daß die Menschen Nummer eins sein müssen und die Staaten ein Werkzeug im Dienste

der Menschen ... „Deshalb hatte eine echte volkliche Demokratie ungeheure Schwierigkeiten, um sich im Bereich des römischen Rechts durchzusetzen. Die einzigen Gebiete, in denen dies wirklich außerhalb des Nordens und Englands gelang, sind die Schweiz und Holland, wo Naturverhältnisse die Möglichkeiten dafür schufen, daß die freien Bauern sich gegen die Nachfolger der römischen Kaiser in Europa verteidigen und dadurch ihre Bauernfreiheit bewahren konnten.“

„Nordische Zusammenarbeit“ und das „Europa der Sechs“

Historisch-politische Grundlagen schufen die Voraussetzungen für eine stärkere Wirksamkeit privater Initiativen auf genossenschaftlicher und berufsständischer Ebene, als dies in Mitteleuropa und teils in Westeuropa der Fall sein konnte. Die Staaten und Organe — die formal-politischen Gesichtspunkte dieser Organe — traten gegenüber diesen Initiativen zurück. Diese bestimmten auch bereits frühzeitig das zwischenstaatliche Wechselverhältnis der Bürger untereinander, und zwar in allen Bereichen berufsständischer, allgemein bürgerlicher und sonstiger Anliegen. Von der Basis berufsständischer und privater Zusammenschlüsse her wurden schon im 19. Jahrhundert die Grundlagen für eine innernordische Zusammenarbeit geschaffen. Diese „nordische Zusammenarbeit“ erhielt durch die Konfrontation Skandinaviens mit dem „Europa der Sechs“ ein politisches Gewicht. Sie soll im Nachfolgenden eine eingehendere Darstellung erfahren.

Die moderne nordische Zusammenarbeit entsprang ursprünglich praktischen Bedürfnissen und keinesfalls politisch-ideologischen Zielsetzungen. Im Laufe der Jahre schuf sich faktisch jede wirtschaftliche und kulturelle Vereinigung eine nordische „Spitze“. Ein gemeinsames nordisches Dach — sehr oft nur locker konstruiert — spannt sich von der privaten Geselligkeit des Vereinslebens bis zu den Berufs- und Fachverbänden.

Von der privaten Ebene aus wurde ebenfalls die staatlich-politische Sphäre erfaßt. Eine bedeutsame Rolle spielten in diesem Prozeß die sozialistischen „Arbeiterkongresse“. 1912 konstituierte sich der sozialistische „nordische Ausschuß für Zusammenarbeit“. Von der Basis eines, freien politischen Zusammenschlusses, nämlich „auf Grund einer Initiative der halbprivaten interparlamentarischen Vereinigung von Reichstagsmännern“ — ich zitiere hier den Dänen Frantz Wendt — bildete sich in den Jahren 1951 und 1952 ebenfalls der „Nordische Rat“.

Der Nordische Rat

Dieser Rat ist nicht ein Resultat völkerrechtlicher Übereinkunft, sondern nationaler Gesetzgebungsakte der fünf beteiligten Parlamente. Zu seinen jährlichen Tagungen wird er von Delegierten dieser Parlamente beschickt, die bei der

Verabschiedung von „Empfehlungen“ an die Regierungen Stimmrecht besitzen, während den zahlreichen Regierungsvertretern nur das Vorschlagsrecht eingeräumt wird. Den beschlossenen „Empfehlungen“ wird ein namentliches Abstimmungsverzeichnis beigelegt, das damit gleichzeitig ausweist, welches personell-politische Gewicht den Vorschlag stützt. Die Regierungen berichten dem Ratspräsidium über die gesetzgeberische Behandlung der erhaltenen Empfehlungen, und diese Berichte bilden einen Verhandlungsgegenstand in den Ausschüssen und im Plenum des Rates.

Das politische Gewicht des Rates ist bemerkenswert. Er bildet einen wirksamen integrierenden Mittelpunkt, wie die Behandlung seiner „Empfehlungen“ zeigt. Andererseits stellt er nur die institutionelle Verwirklichung einer überkommenen interparlamentarischen und ebenfalls interministeriellen Praxis dar.

Bereits kurz nach dem zweiten Weltkrieg entwickelte sich die Praxis laufender informeller Ministerkonsultationen zu „einer festen Regel“. Diese Konsultationen wurden ergänzt und gestützt durch Ausschüsse von Fachbeamten — den sogenannten innernordischen „Beamtencomités“.

Die Gesamtzahl innernordischer Ausschüsse auf privater, berufsständischer und staatlicher Ebene ist mehr als hundert.

Im Rahmen dieser informellen Zusammenarbeit bildete die Gründung eines „permanenten Ministercomités für wirtschaftliche Angelegenheiten“ im Jahre 1959 ein Novum. Es entstand durch formellen Beschluß der Regierungen und Parlamente und fungiert als ständiger zwischenstaatlicher Ausschuß für Fragen wirtschaftlicher Zusammenarbeit. Den Anlaß für diesen formellen Beschluß bildete die Entwicklung der europäischen Marktintegration und die Konstituierung der EFTA. 1961 entstand ein gleiches Comité für Fragen der Entwicklungsländer.

Die völkerrechtlich nicht angreifbare Struktur des Nordischen Rates als Konsultativorgan der Parlamente ermöglichte 1956 auch den Finnen die volle Teilnahme. Der finnischen Mitgliedschaft gingen Fühlungen mit Rußland voraus. In ihrer Beitrittserklärung wiesen die Finnen darauf hin, daß sie keinen militärpolitischen Erörterungen und ebenfalls keiner Behandlung von Interessenkonflikten der Großmächte beiwohnen würden.

Paßunion und Gemeinsamer Arbeitsmarkt

Unter den Abkommen mit völkerrechtlich verpflichtendem Charakter sind im Rahmen der Zusammenarbeit die sogenannte Paßunion, die Institution des freien Arbeitsmarktes und die Konvention über soziale Sicherheit zu nennen. Diese Abkommen wurden zum Teil ohne die Teilnahme Islands geschlossen.

Die Paßunion machte 1957 die Südgrenze Dänemarks zur gemeinsamen Paßgrenze. Von großer Bedeutung erscheint die 1954 erfolgte Schaffung des freien Arbeitsmarktes. Dessen wesentlichste Bestimmung befreit die Bürger

nordischer Staaten als Arbeitnehmer in jedem anderen nordischen Land vom Erfordernis der Arbeitserlaubnis. Als Folge dieser Regelung finden jährlich annähernd 200 000 Finnen eine ständige Beschäftigung unter dem hohen Lohnniveau Schwedens. Die Schaffung des Arbeitsmarktes wurde 1955 durch die Konvention über soziale Sicherheit ergänzt. Sie garantiert jedem nordischen Staatsbürger bei einem Aufenthalt in einem nordischen Nachbarland die gleichen sozialen Vergünstigungen wie den Bürgern dieses Landes. Eine Ungleichheit der nationalen Leistungen löst keine Rückerstattungspflicht aus.

Die Institution des Arbeitsmarktes könnte als einziges der angeführten Vertragswerke nach dem Anschluß eines Landes an die EWG mit deren Bestimmungen in Widerspruch geraten. Die Teilnahme an diesem Markt könnte als Verfälschung der Wettbewerbsbestimmungen zugunsten dieses Mitgliedstaates gewertet werden. Außerdem würden sich technische Kontrollschwierigkeiten ergeben.

Von bedeutendem Gewicht sind ebenfalls die gesetzgeberischen Maßnahmen zur Angleichung des Staatsbürgerrechts. Durch nationale Einzelgesetze wurde der Erwerb des gegenseitigen Staatsbürgerrechts — unter Ausschluß von Finnland und Island — an die bloße Willenserklärung der betroffenen Bürger und an den Nachweis eines nur begrenzten Aufenthaltes im Nachbarland gebunden.

Insgesamt ergeben sich aus diesen Vertragswerken und aus den einzelstaatlichen Gesetzen für den skandinavischen Staatsbürger die Umriss einer gemeinsamen bürgerrechtlichen Situation. Der Schwede Gustaf Petrén kennzeichnete die Bestrebungen mit Recht durch die Feststellung: „The goal is common Northern citizenship.“ Es darf indessen nicht übersehen werden, daß die Aussage eines weiteren Schweden, Nils Herlitz, ebenfalls ihre volle Gültigkeit behält. „Utopisten, die eine Verschmelzung der Völker wünschten, gibt es im Norden überhaupt nicht“, heißt es dort.

Gescheitert: die nordische Zollunion

Die nordische Zollunionsplanung von 1958 veranschaulicht in ihren institutionellen Vorschlägen sehr deutlich die pragmatisch bestimmte Denkweise des Nordens. Zu der Planung selbst ist zu sagen, daß sie nach jahrelangen Vorarbeiten (sie reichen bis 1947 zurück) im September 1958 vorgelegt wurde und annähernd 80 Prozent der industriellen Warengruppen umfaßte. Ihre Realisierung scheiterte an dem Einspruch Englands, Portugals und der Schweiz im Zusammenhang mit der Konstituierung der EFTA. Die einzelnen Arbeitsgrundsätze dieser Planung, auf die hier nicht eingegangen werden kann, sind bis in die Gegenwart bedeutsam für die Zusammenarbeit im Rahmen der EFTA, die durch den inneren Zollabbau einen bedingten „Ersatz“ für diese Zollunion schuf. Eine referierende — auszugsweise — Wiedergabe des Abschnittes „Organisations- und Konsultationsprobleme“

(Organisasjons og avtalespørgsmål) ergibt das folgende Bild:¹⁾

¹ Die Wiedergabe stützt sich auf den Bericht des Ausschußsekretärs und gegenwärtigen dänischen Botschafters bei der EWG, Tyge Dahlgård. Th. Kristensen, T. Dahlgård: De europæiske markedsplaner, Det udenrigspolitiske selskab, 1958, S. 44—45.

Auf Grund gewonnener Erfahrungen hält der Ausschuß als Ausgangsgrundlage einen einfachen organisatorischen Aufbau für zweckmäßig. Die institutionelle Ausgestaltung der Zusammenarbeit soll aus dem Bedarf selbst erwachsen. Er beschränkt sich deshalb auf den Vorschlag eines Ministerrates als oberstes gemeinsames Organ und eines Beamtenrates als sowohl gemeinsames vorbereitendes Organ für die Ministerratstagungen als auch ausführendes Organ für deren Beschlüsse.

Der Ministerrat soll sich nach dem Ausschußvorschlag aus einem Regierungsmitglied jedes Landes, der Beamtenrat aus drei Vertretern jedes Landes zusammensetzen. Als Abstimmungsgrundlage wird das Einstimmigkeitsprinzip vorgeschlagen.

Für die Festlegung des Einstimmigkeitsprinzips wurden folgende Gesichtspunkte geltend gemacht: Es erscheint der reale Unterschied zwischen Gemeinschaftsorganen, die auf der Basis der Einstimmigkeit arbeiten, und Organen, denen durch Mehrheitsbeschlüsse sogenannte „übernationale“ Befugnisse verliehen worden sind, in der Praxis entfernt nicht so erheblich zu sein, wie die Theorie es behauptet. Ein Vergleich zwischen der OEEC, die auf der Grundlage der Einstimmigkeit arbeitet, und der Montanunion, innerhalb deren gewisse Fragenkomplexe einer hohen Autorität auf der Grundlage der Mehrheitsentscheidung unterstellt wurden, scheint zu erweisen, daß innerhalb der ersteren die Vetoregel nur ganz selten zur Anwendung kommt. Ebenfalls scheint innerhalb der letzteren die errichtete übernationale Autorität praktisch kaum zur Anwendung zu gelangen.

Letzten Endes muß es die Erkenntnis und das Gefühl einer Solidarität sein, auf die sich eine konstruktive Zusammenarbeit aufbauen läßt. Falls diese Grundlage versagt, können auch die klügsten Regeln und Institutionen kaum eine Zusammenarbeit bewirken und diese ebenfalls nicht vor einem Zusammenbruch bewahren.

Die Helsingfors-Konvention

Die drohende Scheidewand durch Skandinavien nach einem Anschluß Dänemarks und Norwegens an die EWG führte am 23. März 1962 zu der Unterzeichnung eines „Abkommens über Zusammenarbeit“. Dieser gemeinhin als „Helsingfors-Konvention“ bezeichnete Vertrag soll den Fortbestand der überkommenen Zusammenarbeit unter den fünf Staaten durch die Wahl einer völkerrechtlich verbindlichen Form gewährleisten. Die Konvention vermeidet es indessen, den Unterzeichnerstaaten Verpflichtungen aufzuerlegen, die im Widerspruch zu den Bestimmungen des EWG-Vertrages stehen könnten. Sie will vielmehr als „programmatische Erklärung“ verstanden werden, in der bisherige Arbeitsgrundsätze einen völkerrechtlich verbindlichen Niederschlag erfahren

haben.

Als für die nordische Zusammenarbeit charakteristisch erscheint der Artikel 38 dieses Vertragswerkes, in dem den Beamten der Teilnehmerstaaten ausdrücklich das Recht des direkten dienstlichen Verkehrs untereinander eingeräumt wird. Von dieser Regelung bleiben nur die „Angelegenheiten“ ausgenommen, die „ihrer Natur nach oder aus sonstigen Gründen auf diplomatischem Wege behandelt werden müssen“.

Die Einbeziehung Finnlands in die Unterzeichnerstaaten erhöhte die politische Aktualität des Vertrages. Finnlands Teilnahme an der nordischen Zusammenarbeit und dessen Assoziierung mit der EFTA hatten zu wiederholten Konsultationen mit dem sowjetrussischen Nachbarn geführt. In der Note vom Oktober 1961 verwies Rußland auf die NATO-Mitgliedschaft Dänemarks und Norwegens, unterstellte Schweden militärische Kontakte mit Bonn und forderte — unter Berufung auf geltende Verträge — Konsultationen über die Sicherung beider Ländergrenzen gegen einen Überfall durch Westdeutschland. Die nordische Zusammenarbeit vermittelte in dieser Situation ein wirksames Tor nach Westen.

Die Erklärung des finnischen Ministerpräsidenten vor der beschlußfassenden Versammlung der Teilnehmerstaaten veranschaulicht sehr deutlich den Wert, den Finnland einem nordischen Zusammenhalt beimaß. Es heißt dort unter anderem: „... Finnlands Regierung glaubt an die Bedeutung der nordischen Zusammenarbeit für die friedliche Entwicklung und an deren Zukunft... Bei der zur Zeit herrschenden Unruhe und Spannung in der Welt ist diese nach unserer Ansicht ein mahnendes Beispiel für den aufrichtigen Wunsch der nordischen Völker, eine wirklich demokratische Zusammenarbeit zu schaffen, an der weite Bürgerkreise dieser Länder teilnehmen. Sie ist für alle Teile von Nutzen. Ihr Grundmotiv ist dennoch nicht allein durch das Bestreben bestimmt, Vorteile durch eine Zusammenarbeit mit anderen zu erzielen, keinesfalls aber auf Kosten anderer — sondern eher durch die Einstimmigkeit in Fragen der Werte, Ideale und historischen Erfahrungen ... Diese Meinung äußerten wir seit vielen Jahren. Auch haben wir an das, was wir sagten, geglaubt. Und wir glauben auch weiterhin daran ...

Wie aber sich Europa auch gestalten möge, es wird im Norden mehr vorhanden sein, das vereint als trennt. Unsere Zusammenarbeit wurzelt in einer Verwandtschaft, die durch nichts geschmälert werden kann. Sie gründet sich auf lebhaft Beziehungen über die ruhigsten Grenzen der Welt. Ich glaube nicht, daß es für den Norden oder für Europa gut sein könnte, wenn die Ideen, Ideale und Lebensformen, welche wir repräsentieren, allmählich in standardisierte übernationale Formen aufgehen würden, bei deren Gestaltung geschäftsökonomische Gesichtspunkte dominieren ...

Skandinavische EWG-Probleme

Die nordische Zusammenarbeit wird durch die Tatsache verstärkt, daß der prozentual hohe Anteil am Welthandel für alle fünf Staaten von einer lebenswichtigen Bedeutung ist. Auf den Kopf der Bevölkerung gerechnet, stehen sie in der Weltrangliste an erster Stelle. Dieses verbindende Interesse besitzt Gültigkeit, obgleich ihre Wirtschaftsstruktur verhindert, daß sie sich gegenseitig die „besten Kunden“ sein könnten, und sie vielmehr zwingt, auf dem Weltmarkt als Konkurrenten aufzutreten.

Seit dem Scheitern der Verhandlungen um eine große europäische Freihandelszone (1958) blieb ihre wirtschaftspolitische Zielsetzung weiterhin den Bestrebungen nach einer großräumigen Regelung verhaftet. Die Planung der nordischen Zollunion und die Teilnahme an der EFTA sollten ausschließlich ein Mittel zur Erreichung dieser Regelung sein. Die Gültigkeit dieser Feststellung könnte im einzelnen belegt werden. Die wirtschaftspolitische Zielsetzung entsprach lebenswichtigen Interessen und nicht „mangelndem Europäertum“.

Die Konfrontation mit der EWG warf außenpolitische und völkerrechtliche Probleme auf, die sich besonders auf die Stellung Finnlands bezogen. Indessen zeitigten die Ereignisse des Jahres 1961 für die nordischen Staaten ebenfalls die Problemstellung einer differenzierten und umfassenden „Hinwendung zu Kontinentaleuropa“ in grundsätzlich politischer Sinngebung. Die wirtschaftlichen Integrationsprobleme bildeten nur den kausalen Rahmen für umfassende politische Erörterungen und Diskussionen. Die Parlamentsverhandlungen legen hiervon ein beredtes Zeugnis ab. Die zentrale europäische Stellung der kontinentalen EWG-Staaten erhob deren Integrationsgrundsätze zu allgemeinen europäischen Ordnungsprinzipien, mit denen sich der Norden auseinandersetzen mußte. Die Erörterung galt europäischen „Verfassungsfragen“ in einem positiven Sinne.

Es erwies sich, daß Wirtschaftsintegration im modernen Sinne politisch interpretiert werden muß. Bereits die Bestimmungen des EWG-Vertrages über den gesamten Komplex der Freizügigkeit bargen politische Konsequenzen. Ein Blick auf die Haltung der fünf Einzelstaaten ergibt das folgende Bild:

DÄNEMARK

Dänemark ist unter den fünf Staaten das am stärksten von der gegenwärtigen Marktaufteilung betroffene Land. Sein Agrarexport geht zu annähernd gleichen Teilen nach Großbritannien und in die Länder der EWG (Deutschland). Er schafft der aufstrebenden Industrie — ihr Marktanteil entspricht gegenwärtig dem der agrarischen Produktion — das lebensnotwendige Investitionskapital. Nach dem englischen Parlamentsbeschuß, die volle Mitgliedschaft in der EWG zu beantragen, stand im Jahre 1961, nach den Worten des Ministerpräsidenten Krag,

für die Dänen die „Schicksalsfrage“ zur Debatte, ob sie „zu Europäern II. Klasse herabsinken würden. Ein Ausschluß aus der sich anbahnenden Marktintegration würde eine Senkung des Lebensstandards im Gefolge haben, die alle Bevölkerungsteile treffen müßte, hieß es in dieser Erklärung vom 3. August 1961. Die parlamentarischen Erörterungen des Marktproblems wurden indessen durch einen Katalog von 34 polemischen Anfragen an die Regierung bestimmt. Diese Anfragen wurden von dem parlamentarischen Wortführer der größten Regierungspartei, der Sozialdemokratie, gestellt. In ihrem polemischen Gehalt fanden sie eine Stütze bei der zweiten Partei der Regierungskoalition, der radikalen Venstre, also insgesamt bei der parlamentarischen Mehrheit. Wenn trotzdem die verfassungsrechtlich vorgeschriebene 5/6-Mehrheit für die Regierungsvorlage erreicht wurde (es stimmten alle Parteien für die Vorlage bis auf elf Kommunisten), entsprach dieses Resultat dem materiellen Zwang der gestellten „Schicksalsfrage“. Als 1963 die britischen Beitrittsverhandlungen scheiterten, begrüßte die überwiegende Mehrzahl der einflußreichen dänischen Volkshochschulen dieses Resultat durch Flaggenhissung. Hinter dieser Kundgebung stand die Hoffnung, daß eine Verzögerung des „Anschlusses an Kontinentaleuropa“ die Zeit schaffen würde, um einen verstärkten Rückhalt in einer wachsenden nordischen Solidarität finden zu können.

NORWEGEN

Die norwegische Haltung entsprach während der Marktverhandlungen der Jahre 1961 bis 1963 in ihrem prinzipiellen politischen Gehalt der dänischen. In handels- und wirtschaftspolitischer Hinsicht spielte die große Kapazität der Handelsflotte eine wichtige Rolle.

ISLAND

Die — bis heute — abwartende Haltung Islands wurde handelspolitisch von der Tatsache beherrscht, daß annähernd 92 Prozent des lebenswichtigen Exports auf dem Artikel „Fisch“ beruht.

SCHWEDEN

Die schwedische Export- und Wirtschaftslage ließ in der ersten Jahreshälfte 1961 keinerlei Krisenzeichen erkennen. Handelsminister Lange bezeichnete noch im Januar 1961 die „Einigung zwischen den beiden Handelsblöcken als die primäre handelspolitische Zielsetzung Schwedens“.

Die grundsätzlichen politischen Erwägungen Schwedens gegenüber der EWG wurden von den Zielsetzungen einer „allianzfreien Außenpolitik“ bestimmt. Ministerpräsident Erlander erklärte vor dem Reichstag, daß das Land keinesfalls „bereit sei, das aufzugeben, was während vieler Jahrzehnte die ausschließliche

Hauptlinie seiner Politik gewesen“ sei — er sei überzeugt, daß die überwiegende Mehrzahl der Bürger die konsequente Fortsetzung der Neutralitätspolitik wünsche. In außenpolitischer Hinsicht empfand sich Schweden außerdem als ein Treuhänder Finnlands. Die Regierung erklärte es „für unmöglich“, Beschlüsse ohne Berücksichtigung Finnlands zu fassen.

Diese offizielle Haltung wurde zweifellos von der Mehrzahl der schwedischen Bürger gebilligt. Die Oppositionsparteien brachten ebenfalls keine Parlamentsvorlage ein, die inhaltlich über eine Assoziierungsabsicht unter Zugrundelegung des Artikels 238 des EWG-Vertrages hinausging.

FINNLAND

Die finnische Haltung zur EWG blieb von den gleichen Grundsätzen bestimmt wie seinerzeit gegenüber EFTA. Eine ausschließlich wirtschaftliche Regelung werde erstrebt, hieß es in einer Erklärung. Weder „politische Verpflichtungen“ noch „supranationale Organe“ könnten einen Verhandlungsgegenstand bilden.

*

Der Zeithistoriker unterliegt in gleichem Maße wie der Historiker klassischer Prägung der Rankeschen Verpflichtung, daß er „bloß zeige, wie es eigentlich gewesen“. Aus dieser Verpflichtung ergibt sich die weitere, daß er sich jeder Zukunftsprognose enthalte. In den nachfolgenden Zeilen sollen deshalb nur einige erläuternde Bemerkungen zur unmittelbaren Gegenwart getroffen werden, ohne daß damit ein zukünftiger Entwicklungsablauf angekündigt wird:

Die Entwicklung der Marktintegration veranlaßte den dänischen Außenminister zu der Erklärung vor dem Folketing (am 25.5.1966), daß ein dänischer Beitritt zur EWG „spätestens gleichzeitig mit England“ erfolgen werde. Diese Folketingserklärung kann durch die Bemerkung kommentiert werden, daß die dänische Haltung bis zu diesem Zeitpunkt durch ein „Keinesfalls ohne England“ gekennzeichnet war.

Die gegenwärtige norwegische Einstellung ist der dänischen ähnlich. Sie weist indessen eine stärker abwartende Tendenz auf.

Es liegen zwar keine amtlichen schwedischen Äußerungen vor, die eine Neuorientierung der traditionellen Neutralitätspolitik ankündigen. Indessen vollzieht sich in Schweden eine Umwertung überkommener dogmatischer Grundsätze. Die Tatsache, daß die allgemeine politische Einstellung zur EWG gegenwärtig „so positiv erscheint, wie nie zuvor“, könnte durch Zeugnisse führender schwedischer Politiker belegt werden.

Von einflußreicher finnischer Seite wurde (nach dem Bericht der Zeitung „Helsingin Sanomat“ vom 15.6.1966) erklärt, daß Finnland, trotz der

„hochempfindlichen politischen Seite“ einer vertraglichen Übereinkunft mit der EWG keinesfalls auf eine Zusammenarbeit verzichten könne. Der Anteil des Ostblocks am finnischen Handel betrage nur 20 Prozent, und das Land sei wirtschaftlich sehr leicht verwundbar. In diesem Zusammenhang sei die Vertretung Finnlands durch einen Botschafter bei der EWG-Kommission von großer Bedeutung.

Die Annäherung an die EWG in der politischen Meinungsbildung der Gegenwart bildet offensichtlich ein Resultat der Wandlungen und Ereignisse, wie sie sich seit 1961 sowohl im Rahmen der EWG als auch der NATO vollzogen haben. Eine sich faktisch vollziehende Annäherung Finnlands an die EWG könnte kaum ohne russisches Einverständnis erfolgen. Sie könnte nicht den wirtschaftspolitischen Zielsetzungen der Sowjet-Union zuwiderlaufen.

*

Nachdem England am 11. Mai 1967 erneut einen Antrag um Aufnahme in die EWG und zwar unter Bezugnahme auf den Artikel 237 des EWG-Vertrages (Vollmitgliedschaft) stellte, folgte Dänemark am gleichen Tage mit einem inhaltlich gleichen Antrag. Das Folketing billigte die Regierungsvorlage mit 150 zu 20 Stimmen. Einen analogen Entschluß faßte das norwegische Storting am 16. Juni 1967 mit 136 zustimmenden und 13 Nein-Stimmen.

Die schwedische Regierung begrüßte das englische Vorhaben bereits am 3. Mai 1967 in einer amtlichen Erklärung. Das Verhältnis zur EWG stand mehrfach im Mittelpunkt lebhafter Debatten des schwedischen Reichstages (so am 29. Mai 1967). Die Regierung entschloß sich nach dem Bekanntwerden der französischen Reaktion auf den englischen Antrag zu einem abwartenden Verhalten. Sie brachte Ende Juli 1967 in einem Schreiben an den Ministerrat und den Präsidenten der EWG-Kommission zum Ausdruck, daß Schweden ebenfalls Aufnahmeverhandlungen wünscht, in denen die Fortführung der Neutralitätspolitik eine Verhandlungsgrundlage bildet.

Von finnischer Seite liegt seit dem englischen Aufnahmeantrag keine amtliche Erklärung vor.

Planungsvorstellungen und Entwicklungschancen für den Landkreis Flensburg

Der Flensburger Wirtschaftsraum in peripherer Lage

Das wirtschaftliche Schicksal des Kreises Flensburg ist durch seine periphere Lage zu den Wirtschaftszentren der Bundesrepublik wie auch der EWG bestimmt. Oft und vielfältig ist in der Vergangenheit die strukturelle Schwäche dieses Kreises, die sich in seiner Steuerschwäche und der Tatsache, daß er von allen Kreisen im Land Schleswig-Holstein den mit Abstand geringsten Bestand an Industriebeschäftigten zu verzeichnen hat, widerspiegelt, beklagt worden. Es hat zwar in den vergangenen Jahrzehnten nicht an Versuchen gefehlt, den Norden Schleswig-Holsteins wirtschaftlich zu stärken, ein nachhaltiger Erfolg ist ihnen aber bis in die jüngste Zeit versagt geblieben. Sicher ist die Feststellung gerechtfertigt, daß der Flensburger Wirtschaftsraum bis heute die vor mehr als 45 Jahren erfolgte Trennung von seinem wirtschaftlichen Hinterland nach Norden noch nicht verwunden hat. Dieser Grenzraum hat sich aber auch weder in den zwanziger noch in den dreißiger Jahren des besonderen Interesses und der Unterstützung Preußens oder des Reichs, das er sicher verdient gehabt hätte, erfreut. Erst unser neuer demokratischer Staat, die Bundesrepublik, rief ein großzügiges Förderungsprogramm, das Programm Nord, ins Leben, von dem neben Teilen unseres Kreises weite Gebiete des Landesteils Schleswig erfaßt wurden. Sicher ist das Programm Nord in erster Linie eine Förderungsmaßnahme, die die Strukturschwächen der Landwirtschaft beheben sollte. Es kann und darf aber nicht verkannt werden, daß darüber hinaus die Maßnahmen des Programms Nord zu einer wesentlichen Verbesserung der gesamten Infrastruktur des von ihm erfaßten Raumes geführt haben.

„Stadt und Land — Hand in Hand“

Will man den Landkreis wirtschaftlich entwickeln, so kann man ihn nicht als kommunale Gebietskörperschaft isoliert betrachten. Die Stadt Flensburg ist nicht nur geographisch, sondern auch sonst ein Mittelpunkt für die Bewohner des Kreises. Die Verflechtungen zwischen Stadt und Land sind nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch menschlich eng. Eine Entwicklung des Kreises ist überhaupt nur in Fühlungnahme und engem Einvernehmen mit der Stadt Flensburg möglich. Unbeschadet der seit Jahrzehnten bestehenden

kommunalen Grenzen muß der Flensburger Wirtschaftsraum, der die Stadt Flensburg und den westlichen Teil des Kreises umfaßt, als eine Einheit angesehen und als solche behandelt werden. Diese Erkenntnis hat die Vertretungskörperschaften beider Kommunen schon vor Jahren veranlaßt, eine Strukturanalyse für die Stadt und den Landkreis Flensburg von einem namhaften Wissenschaftler erstellen zu lassen. Der Wert dieser Analyse für die praktische kommunale Arbeit liegt sicher nicht in erster Linie darin, daß sie Epoche machende neue Entwicklungen aufzeigt, sondern vielmehr darin, daß sie mit wissenschaftlicher Akribie das Material zusammengetragen hat, das allein Grundlage für die so dringend notwendige gemeinsame Planung sein kann und muß.

Eine der wesentlichen Feststellungen des Planverfassers ist die, daß Stadt und Kreis einen einheitlichen Wirtschaftsraum bilden. Diese Tatsache ließ es für beide Gebietskörperschaften geboten erscheinen, alle Fragen der Planung gemeinsam in die Hand zu nehmen. In Verfolg dieses Gedankens ist vor Jahresfrist eine paritätisch besetzte Planungsarbeitsgemeinschaft ins Leben gerufen worden, die sich die Aufgabe gestellt hat, für den Bereich der Stadtregion, also auch für die die Stadt umgebenden Gemeinden des Kreises von Harrislee bis Glücksburg, einen Entwicklungsplan aufzustellen, der später in einem gemeinsamen Flächennutzungsplan seinen Niederschlag finden soll.

Der geographischen Abwanderung Einhalt gebieten

Die maßgebenden Gesichtspunkte in dieser Planung sind für Stadt und Kreis die gleichen. Es gilt, der heute in diesem Raum ansässigen Bevölkerung, insbesondere aber der Jugend, echte Entwicklungsmöglichkeiten und -chancen aufzuzeigen, die sie veranlassen können, auch künftig in diesem Grenzland mit seinen vielfältigen, auch völkerverbindenden Aufgaben, zu leben.

Unser Bereich, insbesondere die ländlichen Gebiete, leiden unter der sogenannten geographischen Abwanderung, d. h. dem starken Zug von Menschen aus bevölkerungsmäßig ohnehin schwach strukturierten Gebieten in die Konzentrationsgebiete. Einer weiteren Zusammenballung in den Verdichtungsräumen ist aus Gründen einer sinnvollen Landesplanung, wie aber auch unter den Aspekten einer vernünftigen Raumordnung entgegenzuwirken. Ob es gelingen wird, dieser Tendenz in Zukunft Einhalt zu gebieten und eine neue, wirtschaftliche Entwicklung im Norden Schleswig-Holsteins einzuleiten, vermag mit Sicherheit niemand vorauszusehen. Dennoch scheinen mir die Chancen größer zu sein, als man gemeinhin annimmt. Stadt und Kreis haben klar erkannt, daß dieses große Ziel nur durch eine Gesamtkonzeption für den Flensburger Wirtschaftsraum erreicht werden kann, denn die Wechselwirkungen zwischen Stadt und Land und die Abhängigkeit beider Partner voneinander ist so groß, daß

weder in der Stadt „über die Köpfe des Kreises hinweg“ noch umgekehrt der Kreis ohne Rücksicht auf die Stadt planen kann. Die Probleme der Versorgung und Entsorgung der Stadtregion, die Verkehrsführung in diesem Bereich, die Frage, wo neue Industrieflächen ausgewiesen und Wohngebiete entstehen sollen, können ebenso nur durch gemeinsame planerische Überlegungen von Stadt und Kreis gelöst werden, wie beispielsweise die Frage der Schaffung von Naherholungszentren. Alle Beteiligten sind sich dabei darüber im klaren, daß die gegenwärtigen, zum Teil doch recht fragwürdigen kommunalen Grenzen unter planerischen Gesichtspunkten als nicht existent zu betrachten sind. Gewerbesteuerliches Denken, von dem in der Vergangenheit die Planungsvorstellungen vielfach beherrscht waren, hat in einer die Zukunft weisenden Planung keinen Raum. Schon in der Vergangenheit waren alle Gemeinden schlecht beraten, die sich in der Vorausschau auf ihre gemeindliche Entwicklung von solchen Überlegungen leiten ließen; das gilt heute im Blick auf die Zukunft noch viel mehr, denn es ist schon lange kein Geheimnis mehr, daß im Zuge der Angleichung der Steuersysteme im Rahmen der EWG die für die Kommunen so bedeutende Gewerbesteuer in Fortfall kommt und durch eine andere Steuer, deren Ausgestaltung im einzelnen noch unbekannt ist, ersetzt wird.

Der Flensburger Wirtschaftsraum als Standort für Gewerbe und Industrie

Wie sehen Stadt und Kreis die Entwicklung insbesondere innerhalb der Stadtregion? Sie teilen weder die vor Jahren von der Landesplanung geäußerte Prognose, daß der Flensburger Wirtschaftsraum allein als Standort für das tertiäre Gewerbe in Frage käme, noch die von einem wissenschaftlichen Institut vertretene Auffassung, daß dieser Raum echte Entwicklungschancen kaum habe und sich bevölkerungsmäßig rückläufig entwickeln würde, das heißt nicht einmal in der Lage sein werde, den zu erwartenden natürlichen Bevölkerungszuwachs zu halten. Stadt und Kreis glauben fest an eine positive Entwicklung und erwarten bis 1980 einen Bevölkerungszuwachs von 15 000 bis 20 000 Einwohnern. Auf diesen Bevölkerungszuwachs gilt es sich auch planerisch einzurichten und alles Erdenkliche zu tun, um einer weiteren Abwanderung entgegenzuwirken. In ihren gemeinsamen Überlegungen sind Stadt und Kreis davon ausgegangen, daß in den nächsten 15 Jahren daher etwa 4000 Arbeitsplätze neu geschaffen werden müssen, eine gewaltige Aufgabe und ein großes finanzielles Problem, wenn man bedenkt, daß die Schaffung *eines* Arbeitsplatzes Gesamtinvestitionen — einschließlich aller Folgekosten auf dem kulturellen und sozialen Sektor — bis zu 50 000 DM kosten kann. Im Grundsatz besteht zwischen der Stadt und dem Kreis heute schon Einigkeit darüber, wo diese Arbeitsplätze innerhalb der Stadtregion geschaffen werden müßten.

Voraussetzung für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung ist in erster Linie eine

modernen Erfordernissen entsprechende Infrastruktur. Die Verkehrsferne des Flensburger Raumes ist in der Vergangenheit oft mit Recht beklagt und als ein Hinderungsgrund für manches industrielle Unternehmen angesehen worden, sich im nördlichen Zipfel der Bundesrepublik anzusetzen. Der Ruf nach der Bundesautobahn von Hamburg nach Flensburg, die allein in der Lage ist, hier wirksame Abhilfe zu schaffen, ist daher in den letzten Jahren nicht mehr verstummt. Erst die Fertigstellung dieser wichtigsten Nord-Süd-Verbindung wird dem Raum zwischen den beiden großen Zentren Hamburg und Kopenhagen das wirtschaftliche Gewicht geben, das ihm an der Nahtstelle zwischen EWG und EFTA zukommt. Es hat in der Vergangenheit nicht an Stimmen gefehlt, die der Meinung waren, man solle diesen Raum sich selbst überlassen und den Prozeß des „Leerlaufens“ nicht hindern. Wir teilen diese Auffassung nicht und glauben an die Möglichkeit, diesen Raum wirtschaftlich weiterzuentwickeln. Daß tatsächlich Chancen vorhanden sind, beweisen die Bemühungen um Ansiedlung von Industrie und Gewerbe besonders in der Stadt Flensburg und in der Nachbargemeinde Harrislee in den vergangenen Jahren. Wer hätte wohl 1963 eine Entwicklung zu prophezeihen gewagt, wie wir sie in den vergangenen Jahren erlebt haben, eine Entwicklung, die auch heute noch nicht abgeschlossen ist. Insbesondere so lange, wie über den Aufnahmeantrag Englands in die EWG nicht positiv entschieden ist und somit noch nicht feststeht, ob und wann die skandinavischen Staaten, insbesondere Dänemark, der EWG beitreten, hat dieser Raum seine großen Möglichkeiten. Sicher erfordert die wirtschaftliche Entwicklung dieses Raumes gewaltige finanzielle Mittel und in einer Zeit, in der die Maßnahmen der öffentlichen Hand von der Diktatur der leeren Kassen bestimmt sind, mag mancher die kritische Frage aufwerfen, ob es nicht richtig ist, gerade in einem solchen Augenblick allein dort Investitionen vorzunehmen, wo am schnellsten und mit absoluter Sicherheit die für die öffentlichen Finanzen so wichtigen wirtschaftlichen Erfolge zu erwarten sind. Dennoch darf auch unter diesem Gesichtspunkt der Flensburger Wirtschaftsraum nicht vernachlässigt werden. Dieser Raum hat nämlich auch eine echte politische Aufgabe an der Grenze zwischen Mitteleuropa und Skandinavien zu lösen und muß daher auch wirtschaftlich so stark gemacht werden, daß er in der Lage ist, diese Aufgabe zu erfüllen. Voraussetzung für den Einsatz aller öffentlichen Mittel ist, daß die Bevölkerung und die zuständigen kommunalen und wirtschaftlichen Gremien mit einem gesunden Optimismus an die große Aufgabe herangehen. Wer sich selbst aufgibt, wird sicher niemanden davon überzeugen können, daß Chancen für eine gesunde wirtschaftliche Weiterentwicklung vorhanden sind. Flensburg ist heute schon ein Bereich, der insbesondere auf kulturellem und sozialem Gebiet über eine ausgezeichnete Grundausstattung verfügt und daher auch als wirtschaftlicher Standort seine Anziehungskraft nicht verfehlen wird.

Gründung einer Wirtschaftsförderungsgesellschaft

Ist eine Kommunalverwaltung aber in der Lage, dieses schwere Geschäft der Wirtschaftsförderung selbst in die Hand zu nehmen und mit Erfolg zu betreiben? Diese Frage stellen heißt, sie zumindest für den Landkreis und seine Gemeinden zu verneinen. Ausnahmen bestätigen auch hier die Regel: daß Harrislee dank der Aufgeschlossenheit seiner Vertretung und der Tüchtigkeit seiner Verwaltung aus eigener Kraft seine Erfolge erzielt hat, widerspricht nicht der Tatsache, daß moderne Manager, die sich auf diesem komplizierten Gebiet der Wirtschaftsförderung auskennen, normalerweise nicht in Kommunalverwaltungen groß werden. Die Arbeitsweise einer Verwaltung unterscheidet sich eben doch sehr wesentlich von der der Wirtschaft. Hier werden schnelle Entscheidungen mit oft sehr weitreichenden finanziellen Auswirkungen erforderlich, die erst in den verschiedensten kommunalen Gremien nach den geltenden Bestimmungen beraten werden müssen, so daß Entscheidungen oft Wochen und Monate auf sich warten lassen. Zum anderen ist die Wirtschaftsförderung ein sehr komplexer Vorgang. Der interessierte Unternehmer will eben nicht nur über Grundstückspreise unterrichtet werden, bevor er seine Entscheidung trifft, er verlangt eine umfassende Information über die Arbeitsmarktlage, Steuer- und Zollfragen und daneben noch eine Beratung über die zweckmäßigste juristische Form einer Firmengründung. Diese umfassende Beratung und Betreuung kann er kaum von einer Kommunalverwaltung erwarten und verlangen. Seit Jahren verfolgen wir daher den Plan, eine Wirtschaftsförderungsgesellschaft ins Leben zu rufen, die sich dieser Aufgabe annimmt. Vom Bevölkerungspotential wie von der Größe des Raumes dürfte nicht zuletzt auch im Hinblick auf die Unterstützung, die wir von Land, Bund und ggfs. der EWG erwarten, der Flensburger Wirtschaftsraum allein viel zu klein sein, eine solche Aufgabe zu betreiben. Es ist daher daran gedacht, eine solche Gesellschaft für den ganzen Landesteil Schleswig, d. h. für die Stadt Flensburg und die Kreise Südtondern, Husum, Eiderstedt sowie Schleswig und Flensburg, zu gründen. Diese Gesellschaft, mit hochqualifizierten Fachleuten ausgestattet, soll die gesamte Wirtschaftsförderung in die Hand nehmen. Sie soll selbst ein Instrument zur Strukturverbesserung und somit in der Lage sein, aus eigenen Kräften Wirtschaftsförderung zu betreiben und nicht nur eine Maklerfirma sein, die Grundstücke vermittelt. Es gibt sowohl in Schleswig-Holstein wie aber gerade auch nördlich der Grenze gute nachahmenswerte Beispiele für ein erfolgreiches Wirken solcher Einrichtungen, denen — allen Standorttheorien zum Trotz — in ihrem Bemühen um eine Stärkung der Wirtschaftsstruktur ein beachtlicher Erfolg beschieden war. Der Erfolg wird aber bei angestrebten Bemühungen auch bei uns nicht ausbleiben, wenn drei wesentliche Voraussetzungen vorhanden sind bzw. geschaffen werden:

Arbeitskräfte, eine modernen Erfordernissen entsprechende Infrastruktur sowie ein vielfächertes Angebot an Bildungs- und Freizeitzentren.

Das System der zentralen Orte

Alle Überlegungen, die darauf zielen, dem Kreis durch Ansiedlung von Industrie und Gewerbe ein größeres wirtschaftliches Gewicht zu geben, führen nicht an der Tatsache vorbei, daß der Kreis ein Agrarkreis ist, vielleicht der letzte Agrarkreis in Schleswig-Holstein. Noch heute sind mehr als ein Drittel aller Beschäftigten in der Landwirtschaft tätig. Die Landwirtschaft wird auch in den kommenden Jahrzehnten das Bild des Kreises eindeutig bestimmen. Ziel aller Bestrebungen zur Verbesserung der wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Struktur innerhalb des Kreises muß es sein, ein heute möglicherweise noch vorhandenes Niveaufälle zwischen Stadt und Land zugunsten des Landes zu verringern. Nur dadurch wird es gelingen, der in den letzten zwanzig Jahren doch recht spürbaren Abwanderung der Bevölkerung aus dem ländlichen Bereich in Regionen mit städtischem Charakter mit Erfolg entgegenzuwirken. Es gilt, für die Bevölkerung auch des Landes all die Lebensbedingungen, auf die sie in einem demokratischen Staat heute mit Recht Anspruch erhebt, zu schaffen. Ein wesentlicher Schritt zu einer gesunden Raumordnung und damit auch einer besseren wirtschaftlichen Entwicklung gerade eines landwirtschaftlich strukturierten Kreises ist die Entwicklung eines Systems von zentralen Orten. Das Problem der zentralen Orte ist nicht neu. Es liegt ihm ein altes Gliederungsprinzip unserer Siedlungsstruktur zugrunde. Die Zentralfunktionen bestimmter Orte für einen größeren Bereich waren auch schon früher bekannt. Die folgerichtige Entwicklung eines ganzen Systems zentraler Orte zur gleichmäßigen Versorgung der Bevölkerung ist allerdings neu. Die Entwicklung zu zentralen Orten war in der Vergangenheit immer Zufälligkeiten überlassen. Es ist eine wesentliche Aufgabe der Planung, diese zentralen Orte oder ländlichen Mittelpunktsgemeinden neu zu entwickeln. Dabei sind als zentrale Orte solche Gemeinden anzusprechen, die benachbarte Gebiete und Ortschaften mit Versorgungsgütern und Dienstleistungen versehen und Arbeitsplätze bereitstellen. Der Typ des zentralen Ortes ist dabei an kein starres Schema gebunden, er kann sehr wohl eine unterschiedliche Größe wie auch verschiedenartige Ausstattung aufweisen. Die Auffassung eines namhaften Wissenschaftlers, daß als zentrale Orte im ländlichen Raum — zumindest als Ansatzpunkt für jegliche industrielle und gewerbliche Entwicklung — nur solche in Frage kommen können, die sich in einem Radius von fünfzehn Kilometern auf ein Bevölkerungspotential von 20 000 Einwohnern stützen können, kann ich nicht teilen. Sie mag für dichter besiedelte Gebiete der Bundesrepublik richtig und vertretbar sein, meines Erachtens aber nicht für einen Bereich, der bevölkerungsmäßig so schwach strukturiert ist wie der Landesteil Schleswig. Wäre

diese Auffassung richtig, würde es Gemeinden mit zentral-örtlichen Funktionen im Landesteil Schleswig nicht geben. Eine planmäßige Weiterentwicklung des Landesteils Schleswig wäre demnach nicht möglich, und die Konsequenz aus dieser Auffassung wäre eigentlich nur die, daß der Landesteil Schleswig ungeachtet der großen Aufgaben, die er zu erfüllen hat, seinem Schicksal überlassen wird, das heißt, „gesundschrumpfen“ müsse. Selbst wenn man einschränkend unter zentralen Orten im ländlichen Raum nur solche Orte verstehen würde, die für eine Industriensiedlung in Frage kommen, scheint diese Auffassung den Gegebenheiten im nördlichen Landesteil Schleswig-Holsteins nicht Rechnung zu tragen. Die Entwicklung nördlich der Grenze widerlegt auch diese Theorien. Hier ist es durch eine planmäßige Ansetzung von gewerblichen Betrieben möglich gewesen, im ländlichen Raum auch außerhalb von größeren Siedlungsschwerpunkten neue Arbeitsplätze zu schaffen und es müßte möglich sein, auch südlich der Grenze eine gleiche Entwicklung einzuleiten, da die Voraussetzungen die gleichen sind.

Durch die Schaffung eines ganzen Systems zentraler Orte lassen sich also zwei Probleme auf einmal lösen: Einerseits kann auf diesem Wege eine weitere Konzentration von Menschen in den Verdichtungsräumen verhindert werden, zum anderen bleiben den Agrargebieten die Konsumenten, aber auch Arbeitskräfte erhalten, die hier eine angemessene Ausstattungs- und Versorgungslast der Gemeinden tragen können, aber auch der Bevölkerung ein vielseitiges Ausbildungs- und Berufsangebot eröffnen. Angesichts der recht unterschiedlichen Größenordnung der zur Verfügung stehenden zentralen Orte ist es sicher nicht möglich, allgemein überall gültige Maßstäbe für die Ausstattung von Orten mit zentralen Funktionen aufzustellen. Doch sollten im öffentlichen Bereich im allgemeinen folgende Einrichtungen vorhanden sein: Schule, Kindergarten, Schwesternstation, Sport- und Spielanlagen und Amtsverwaltung. Für den privaten Bereich wäre an folgende Einrichtungen zu denken: Kreditinstitute, Einrichtungen des Dienstleistungsgewerbes (Tankstellen, Kraftfahrzeugreparaturwerkstätten), Handwerksbetriebe, landwirtschaftliche Einrichtungen, Gaststätten, Ärzte usw.

Ohne einen Anspruch auf Vollständigkeit zu erheben, sind seitens der Kreisverwaltung folgende Orte als Orte mit zentral-örtlicher Funktion vorgesehen: Glücksburg, Harrislee, Tarp, Husby, Sörup, Gelting, Sterup/Steinbergkirche, Großenwiehe/Schafflund und Eggebek.

Die Auswahl dieser Orte als zentrale Orte bedeutet nicht, daß andere Orte innerhalb des Kreises nicht mehr gefördert werden sollen. Eine entscheidende Verbesserung der Daseinsvoraussetzungen im ländlichen Raum und die Gesundung der wirtschaftlichen Struktur erfordern aber notwendigerweise gerade in einer Zeit, in der die öffentliche Hand gezwungen ist, sparsam zu wirtschaften,

eine Schwerpunktbildung in den einzelnen Planungsräumen.

Die Förderung des Fremdenverkehrs

Einem Bereich der Wirtschaft kommt in den kommenden Jahren eine immer größere Bedeutung zu: das ist der Fremdenverkehr. Während bis vor fünfzehn Jahren eigentlich nur die Stadt Glücksburg auf eine Geschichte als Fremdenverkehrsgemeinde zurückblicken konnte, hat heute schon jede vierte Gemeinde innerhalb des Kreises unmittelbar Anteil an diesem neuen Wirtschaftszweig. Die Verkürzung der Ostseeküste auf Grund der Ereignisse des zweiten Weltkrieges und die zunehmende wirtschaftliche Besserstellung weitester Kreise der Bevölkerung haben zur Folge gehabt, daß die Nachfrage nach Ferien- und Urlaubsquartieren von Jahr zu Jahr auch in unserem Raum gestiegen ist. Gerade der hinter uns liegende Sommer hat gezeigt, daß der Kreis noch sehr viel mehr tun kann und muß, wenn er die Möglichkeiten, die der Fremdenverkehr für seine Bevölkerung bietet, voll ausschöpfen will. Der Landkreis Flensburg mit seinem landschaftlich so reizvollen Küstenstreifen hat an der allgemein in Schleswig-Holstein so positiv verlaufenden Entwicklung auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs dabei wesentlichen Anteil gehabt und wird es auch in Zukunft haben. Es gilt, den Fremdenverkehr sowohl im Interesse des Urlaub- und erholungsuchenden Großstädtlers wie aber auch der einheimischen Bevölkerung, die hierin mit Recht ausgezeichnete Verdienstmöglichkeiten erblickt, weiter zu fördern. Selbstverständlich denkt im Kreis niemand daran, daß es möglich oder auch nur wünschenswert wäre, mit den Zentren des internationalen Tourismus und Fremdenverkehrs in Konkurrenz zu treten. Der Ostseeküstenstreifen hat aber in den letzten Jahren immer mehr Freunde gefunden, die hier die Ruhe und Entspannung vorfanden, die sie suchten. Mit Befriedigung und Genugtuung können wir, nachdem diese Entwicklung vor etwa einem Jahrzehnt einsetzte, feststellen, daß heute schon nicht mehr nur alle Gemeinden in unmittelbarer Nähe der Küste, sondern auch eine große Anzahl anderer Gemeinden im Landinnern an dieser Entwicklung beteiligt sind. Das Wort vom „Urlaub auf dem Lande“ und „Urlaub auf dem Bauernhof“ ist im Kreis Flensburg-Land kein leeres Schlagwort oder ein in weiter Ferne liegendes Planungsziel. Dank der zunehmenden Aufgeschlossenheit der Bevölkerung, aber auch zahlreicher Förderungsmaßnahmen, die vom Kreis in die Wege geleitet worden sind, hat sich der Fremdenverkehr außerordentlich gut entwickelt. Beginnend mit dem Bau der Nordstraße von Flensburg nach Kappeln in den Jahren 1951/53 wurde das Gebiet des nördlichen und östlichen Angells erst für den Verkehr und damit später auch für den Fremdenverkehr erschlossen. Nach Fertigstellung dieses den Kreis von West nach Ost durchziehenden großen Verkehrsstranges ging der Kreis in Zusammenarbeit mit den Gemeinden daran, unmittelbare Verbindungen zur Küste

zu schaffen. Heute können wir auf ein dichtes Netz gutausgebauter Verkehrsstraßen gerade in diesem Bereich hinweisen. Seit Jahren gibt es kaum noch einen Platz an der Küste, der nicht durch eine modern ausgebaute Straße zu erreichen ist. Freilich genügt der Ausbau des Wegenetzes aus den fünfziger Jahren heute nicht mehr in allen Fällen den Verkehrserfordernissen, so daß der Kreis sich in den vergangenen Jahren verstärkt veranlaßt sah, die Verbindungsstraßen zur Küste neu und großzügiger auszubauen. Damit wurde eine der wesentlichsten Voraussetzungen für eine Förderung dieses Wirtschaftszweiges, die Verbesserung der Infrastruktur, zumindest auf dem Gebiet des Straßenbaues weitestgehend erfüllt. Große Aufgaben harren noch in anderen Bereichen ihrer Lösung. Die Fragen der Wasserversorgung wie auch der Abwasserbeseitigung erhalten zunehmend Bedeutung. Erst wenn alle diese Probleme zufriedenstellend gelöst worden sind, wird ein Optimum an Leistung auch auf dem Gebiet des Fremdenverkehrs erreicht werden können.

Wir stehen heute an einem Scheidepunkt. Unsere Vorstellungen darüber, in welchem Umfang und Tempo sich der Fremdenverkehr bei uns entwickeln würde, sind gerade durch die Erfahrungen dieses Sommers überholt.

Gegenwärtig geht es für den Kreis darum, klare Vorstellungen über die künftige Entwicklung zu fassen. Experten rechnen damit, daß sich der Fremdenverkehr in einer Zeitspanne von zehn bis fünfzehn Jahren fast verdoppelt haben wird. Mit Fertigstellung der Autobahn Mitte der siebziger Jahre wird sich auch in unseren Kreis ein Strom von Urlaubsreisenden in nicht geahnten Ausmaßen ergießen. Für den Kreis heißt es nun, sich auf diesen Besucherstrom einzurichten, im einzelnen festzulegen, welche Kapazitäten geschaffen werden müssen, um den berechtigten Ansprüchen der Erholungssuchenden zu genügen, ohne dabei aber unser größtes Kapital, die Schönheit unserer Landschaft, zu zerstören.

Unser Angebot an die Erholungssuchenden umfaßt Campingplätze, Feriensiedlungen und -häuser, Wochenendhaus- und Zweithausgebiete, konzessionierte und freie Strände für Ferien- wie auch Tagesgäste. Reichen die vorhandenen Kapazitäten aus? Sicher nicht! Hier öffnet sich für unsere Planung ein weiteres Gebiet. Gegenwärtig sind im Kreis beispielsweise nicht weniger als 19 Zeltplätze vorhanden. Diese Zeltplätze reichen aus, um etwa 30 000 Menschen aufzunehmen. Der Bedarf an neuen Zeltplatzkapazitäten ist in den vergangenen Jahren stetig angestiegen und wird nach den Erfahrungen dieses Sommers in Zukunft weiter wachsen. Der Kreis wird sicher an einigen Punkten im unmittelbaren Küstenbereich weitere Campingplätze ausweisen, im übrigen aber nicht zuletzt auch im Hinblick auf den vergleichsweise nicht sehr großen wirtschaftlichen Effekt von Campingplätzen für die allgemeine Wirtschaft daran denken müssen, andere Objekte weiter zu fördern. Eine Kombination von Campingplatz, Feriensiedlung und allgemeinem Strandbetrieb, wie sie durch die

Stadt Glücksburg an dem konzessionierten Badestrand Holnis/Drei geschaffen worden ist, erscheint besonders glücklich und nachahmenswert. Entscheidend für das Gelingen eines solchen Planes wird es allerdings sein, ob ein Unternehmer gefunden wird, der finanzkräftig genug ist, auch den Planungsvorstellungen des Kreises mit seinen sicher hochgeschraubten Ansprüchen zu genügen. Sollten solche Unternehmer nicht gefunden werden, müßte, wie im Falle Glücksburg, auch in anderen Bereichen die öffentliche Hand, d. h. die Gemeinden im Zusammenwirken mit dem Kreis oder aber eine vom Kreis geförderte Gesellschaft sich der Durchführung solcher Projekte annehmen. An Vorstellungen darüber, wo weitere Ferienhaussiedlungen und auch Zweitwohngebiete entstehen könnten, fehlt es nicht. — Angesichts der großen Bedeutung, die der Wassersport zunehmend für die Erholung der Menschen hat, ist daran gedacht, neben der Marina in Holnis den kreiseigenen Hafen Langballigau großzügig zu einem Jachthafen auszubauen. Erste Schritte auf dem gleichen Wege geht die Gemeinde Maasholm mit dem für dieses Jahr vorgesehenen Ausbau des Fischereihafens, der auch heute noch etwa 35 Kuttern Liegemöglichkeiten gibt. Der Ausbau ist so geplant, daß später hier auch eine größere Anzahl von Jachten Platz finden kann.

Verbesserung der kulturellen und sozialen Grundausstattung im ländlichen Raum
Auf lange Sicht wird eine Region wirtschaftlich mit Erfolg aber nur dann entwickelt werden können, wenn sie neben der Lösung der wirtschaftlichen Fragen auch im kulturellen und sozialen Bereich modernen Anforderungen gerecht wird. Gerade auf diesem Gebiet hat der Kreis in den vergangenen Jahren große Aufgaben angepackt. Ein neuerstellter Generalschulbauplan sah den Aufbau eines den ganzen Kreis umfassenden Systems von dreizehnklassigen Dörfergemeinschaftsschulen vor. Wesentliche Schritte auf dem Weg zu diesem Ziel sind unter großen finanziellen Opfern bereits zurückgelegt. Gegenwärtig wird dieser Plan unter Berücksichtigung neuester Erkenntnisse von Pädagogen erneut überdacht. Die erst jüngst entwickelten Ideen über die Ausgestaltung der Hauptschule sollen dabei bereits Beachtung finden. Der Gedanke der Schaffung von Schulzentren in zentralen Orten und sie umgebenden schulischen Unterzentren soll dabei auf den ländlichen Bereich nach Möglichkeit übertragen werden. Hand in Hand mit der Verwirklichung dieses Planes geht der Ausbau des weiterführenden Schulwesens. Hier denkt der Kreis an die Errichtung von weiteren drei Aufbauzügen bzw. Realschulen sowie einer Oberschule, um den auch im Landkreis langsam anschwellenden Strom von Kindern, die weiterführende Schulen besuchen wollen, aufnehmen zu können.

Wie vor fünfzehn Jahren, Anfang der fünfziger Jahre, steht der Kreis an der Schwelle einer neuen Phase seiner Entwicklung. Die bisherigen

Planungsvorstellungen sind zum Teil überholt. Für die industrielle und gewerbliche Entwicklung zeichnen sich mit dem Bau der Autobahn neue Möglichkeiten ab. Die Landwirtschaft, der stärkste Wirtschaftszweig, befindet sich in einem gewaltigen Umstrukturierungsprozeß. EWG-konforme Betriebe müssen geschaffen werden, soll die Landwirtschaft auch in Zukunft unserer Bevölkerung Existenz und Lebenschancen geben. Auf dem kulturellen und sozialen Sektor beginnen wir, das Niveauefälle zwischen Stadt und Land abzubauen. Mit dem Fremdenverkehr erwachsen unserer Bevölkerung neue wirtschaftliche Möglichkeiten, nicht nur im Küstenbereich, sondern auch in weiten Teilen des Kreises, in denen man an eine solche Entwicklung heute noch nicht glaubt. Nur eine planende Verwaltung wird die großen Aufgaben, die ihr gestellt sind, erfüllen können — an Vorstellungen fehlt es nicht.

Körperlich rüstig, geistig lebendig und politisch engagiert

Zum achtzigsten Geburtstage von Richard Hansen

Am 2. August kamen viele Freunde, Bekannte, auch Behördenvertreter in das Kieler SPD-Haus, um Richard Hansen zum 80. Geburtstag zu gratulieren. Auch der Grenzfriedensbund ehrte seinen Mitgründer. Hinter dem Lebensbild Hansens, das einige Redner bei der Feier eindrucksvoll entwickelten, wurde die neuere Geschichte Schleswig-Holsteins immer wieder auf interessante Weise sichtbar.

Der neunzehnjährige Transportarbeiter Hansen begann als begeistertes Mitglied der Gewerkschaftsbewegung und der SPD, als Vertrauensmann seiner Kollegen auf der Kaiserlichen Werft in Kiel seinen politischen Weg. Aus dem ersten Weltkrieg heimgekehrt, erkannte er als seine Lebensaufgabe, die im November 1918 von Kiel aus ins Leben gerufene deutsche Demokratie im Volke fest zu verankern. Als während der Volksabstimmung in Nordschleswig im März 1920 von „rechts“ der Kapp-Putsch gegen die deutsche Republik unternommen wurde, war Hansen in den Reihen der Kieler Arbeiterschaft, die mit der Waffe in der Hand die kappistischen Freikorps-Formationen aus Kiel hinauswarf. Gegen den Terror von „links“ half er die „Arbeiterwehr“ bilden.

Im Juli 1920 wurde Hansen Sekretär der schleswig-holsteinischen SPD. Die Erlebnisse des Jahres 1923 veranlaßten ihn und seine Freunde, die „Vereinigung Republik“ zu gründen, einen wichtigen norddeutschen Vorläufer der 1924 entstehenden überparteilich-demokratischen Kriegsteilnehmer-Organisation „Reichsbanner Schwarzrotgold“. Hansen wurde der Vorsitzende des Gau Schleswig-Holstein, der einer der besten und kampffähigsten des Bundes war.

Im Jahre 1925 kam Hansen in die Kieler Stadtvertretung, in den Provinziallandtag, den Provinzrat und – als stellvertretendes Mitglied – in den Preußischen Staatsrat. Während der großen Wirtschaftskrise wehrte er, nun zweiter Bezirksvorsitzender der SPD, an der Spitze der neugeschaffenen „Eisernen Front“ auf offensive Weise dem Ansturm der Hitlerbewegung. Als sich Hitler dennoch die Macht erschleichen konnte und die demokratischen Organisationen unterdrückt und zerstört wurden, versuchte Hansen mit seinen Freunden noch zwei Monate lang von Hamburg aus die SPD-Organisation Schleswig-Holsteins zusammenzuhalten.

Bei einem heimlichen Treffen in Flensburg von SA und gleichgeschalteter Polizei überrascht, entkam er dem Zugriff und emigrierte notgedrungen am 26. Mai 1933 nach Dänemark.

In Kopenhagen leitete er bald die Emigrantenhilfe und unterstützte zugleich die illegale politische Arbeit seiner Gesinnungsfreunde in Schleswig-Holstein. Er fand

in Kopenhagen viele Freunde, u. a. in den späteren Ministerpräsidenten Hedtoft und C. H. Hansen.

Am 17. April 1940, bei der plötzlichen Besetzung Dänemarks durch deutsche Truppen, konnte er im Fischerboot über den Sund nach Schweden gelangen. Da man mit der Forderung nach seiner Auslieferung rechnete, ging Hansen auf Wunsch der dänischen Sozialdemokratie und mit Hilfe der schwedischen Regierung nach den USA, wo er in Los Angeles über vier Jahre sein Brot als Arbeiter verdiente. Auch hier blieb er politisch nicht untätig, sondern gehörte u. a. mit dem früheren Oberbürgermeister von Altona, Max Brauer, und dem späteren schleswig-holsteinischen Justizminister Katz dem Deutschen Arbeiterkomitee an, das für „das andere Deutschland“ und seine Wiedererstehung als freie Demokratie tätig war.

Im Jahre 1946 kam Hansen über Oslo nach Stockholm zu seiner Familie zurück. Er beteiligte sich sofort an der segensreichen Arbeit des von Emigranten und schwedischen Gewerkschaftlern in Stockholm gegründeten „Demokratischen Hilfskomitees für Deutschland“. Dank seiner Auslandsverbindungen konnte er von hier aus der neuen Kieler Landesregierung große Dienste leisten. Im Herbst 1947 betrat er wieder seine Vaterstadt Kiel. Nun wirkte er noch über ein Jahrzehnt als Fraktionssekretär der sozialdemokratischen Landtagsfraktion an der Entwicklung des Landes Schleswig-Holstein mit. Auch nach seinem Ausscheiden behielt er – bis zum heutigen Tage – eine wichtige Aufgabe: die Betreuung ehemaliger Opfer des Nationalsozialismus in Wiedergutmachungsfragen. Noch heute körperlich rüstig, geistig lebendig und politisch engagiert, ist Hansen das Vorbild eines Mannes, den seine Sache vor dem letzten Atemzug nicht losläßt.

Fr. O.

Auf dem „Alten Friedhof“ in Flensburg aus Anlaß des Ildstedt-Tages Dänische Kränze auch an deutschen Gräbern

Wie in vielen vorherigen Jahren wurde durch einige schöne und schlichte Feiern an verschiedenen Orten in Südschleswig und an dänischen und deutschen Gräbern der Gefallenen des ersten schleswigschen Krieges gedacht.

Das dänische Heer wurde, wie schon während einer längeren Reihe von Jahren, offiziell durch Oberst Ehrenskjöld in Begleitung seiner Gattin, seiner Kinder, Schwiegerkinder und Enkelkinder vertreten. Der südschleswigsche Betreuer der dänischen Soldatengräber, Bankdirektor Scött von der Union-Bank in Flensburg, legte die signierten Kränze des dänischen Heeres nieder, alle mit Schleifen in den dänischen Farben versehen. Die Soldatengräber in Südschleswig waren von ungenannten dänischen Landsleuten, jungen und alten, Frauen und Männern, mit

der sommerlichen Blumenpracht geschmückt worden.

Die sehr stark besuchte Gedächtnisfeier fand wie alljährlich auf dem Alten Friedhof in Flensburg statt. Der älteste Teilnehmer war der 95jährige Flensburger Bankier Schultz, der jüngste war nur zwei Jahre alt.

Das dänische Konsulat in Flensburg war durch Vizekonsul Knutzen vertreten.

Die Feierstunde wurde von Chefredakteur Karl Otto Meyer, Flensburg, geleitet. Es wurden traditionsgemäß zwei Strophen des Liedes „Slumre sødt i Slesvigsjord“ gesungen. Danach führten zwei treue Veteranen die Danebrogsfahnen der südschleswigschen DSK-Abteilung (d. h. dänischgesinnte schleswigsche Kriegsteilnehmer der zwei großen Kriege) zu dem von König Frederik VII. geschaffenen Ehrenmal auf dem Flensburger Alten Friedhof hin. Es folgte die Niederlegung der Kränze des dänischen Heeres und des DSK. Darauf wurde der alte Pilgerpsalm „Dejlig er jorden“ gesungen.

*

Dann kam ein neuer Ton in die dänisch-flensburgische Gedächtnisfeierstunde. Der südschleswigsche Vorsitzende des DSK, der Flensburger Vizestadtpräsident Johannes Ankersen, trat vor das deutsche schleswig-holsteinische Ehrenmal, das neben dem dänischen liegt, und sagte folgende Worte:

„DSK Flensburg hat jedes Jahr am Idstedt-Tag einen Kranz an den dänischen Kriegergräbern niedergelegt, nicht um den Heldenmut der in den Kämpfen Gefallenen zu ehren, sondern aus Trauer um die vielen Opfer, die der Unfriede unter den Nationen von allen gefordert hat, seien es Freunde oder Feinde.

Die Welt, in der wir leben, ist andauernd voller Unruhe, voller Streit, ja sogar voll offenem Krieg vielenorts auf unserem Erdball, aber trotzdem gibt es heute Zeichen dafür, daß die Verständigung unter den Nationen, jenen Nationen, die vom Goodwill ergriffen sind, immer größer wird.

Die Liebe zu allen Menschen muß den Sieg davontragen und das Wort der Bibel: ‚Ihr sollt Eure Feinde lieben‘ muß die Botschaft sein, nach der alle Menschen leben müssen – so lange, bis die Wörter Feind und Krieg aus den Wörterbüchern aller Nationen gestrichen sind.

Deshalb genügt es auch nicht, daß wir in Dänemark singen: ‚Wenn auch die ganze Welt sich streitet, ich bin Dänemark, ich bin der Friede‘. Wir freuen uns natürlich darüber, daß unser Land, daß Dänemark sich von den Feindseligkeiten der großen Welt fernhalten kann, aber wir dürfen uns nicht mit diesem Gedanken begnügen, im Gegenteil, mit unserem ganzen Willen, mit unserer ganzen Kraft müssen wir uns dafür einsetzen, daß nicht nur in Dänemark Friede herrscht, sondern daß auch in der ganzen Welt Friede herrschen kann.

Ich glaube, daß DSK, der Verein dänischgesinnter südschleswigscher Kriegsteilnehmer, deren Mitglieder aus nächster Nähe die Grausamkeiten und Schrecken der Kriege am eigenen Leibe erlebt haben, ein Verein, in dem

Widerwille gegen Aufrüstung und Militarismus einer der Grundgedanken seines Bestrebens ist, daher besonders geeignet ist, für die Sache der Verständigung und des Friedens einzutreten. Wir stehen in tiefer Trauer an den Gräbern all derjenigen, die in den Kämpfen des Unfriedens ihr Leben lassen mußten und wir haben soeben einen Kranz an den dänischen Kriegergräbern in Flensburg niedergelegt und wir stehen nun am Ehrenmal für die gefallenen Schleswig-Holsteiner. Auch ihr junges Leben wurde brutal und hart von einem Krieg beendet, und wir, die wir einst als ihre Feinde bezeichnet wurden, stehen nun in mitfühlender Trauer auch an ihren Gräbern.

Wir im Grenzland wollen heute zeigen, daß wir um alle Menschen, die für die Kriege der Nationen geopfert wurden, wo immer es geschehen sein mag, trauern, und deshalb legen wir diesen Kranz an dem deutschen Ehrenmal in Flensburg in Trauer und im Gedenken an die Gefallenen nieder – einen Kranz, der von Kameraden für Kameraden gegeben wird.“

Die beiden Dannebrogfahnen des DSK wurden zu Ehren der gefallenen Gegner des ersten schleswigschen Krieges gesenkt und Herr Johannes Ankersen legte einen Kranz vom DSK Südschleswig mit rot-weißen Blumen am deutschen Gedenkstein nieder.

Fast gleichzeitig mit der dänischen Kranzniederlegung am deutschen schleswig-holsteinischen Gedenkstein in Flensburg versammelte sich ein Kreis von Deutschen am Gedenkstein des dänischen Obersten Læsøe auf dem Ildstedter Schlachtfeld und legte hier einen Kranz nieder zu Ehren der dänischen Gefallenen des ersten schleswigschen Krieges.

Es ist sicherlich dem einen oder anderen der dänischen Teilnehmer an der Flensburger Feier etwas schwergefallen, gleich den soeben erwähnten neuen Ton in der dänischen Ildstedt-Gedächtnisfeierstunde auf dem Alten Friedhof in Flensburg zu verstehen. Das rechte Verständnis wird sicherlich mit der Zeit kommen. Niemand verlangt ja, daß jeder ohne weiteres jedes einzelne Wort, das an dem schleswig-holsteinischen Ehrenmal von Johannes Ankersen, Flensburg, gesprochen wurde, akzeptieren soll.

Die Zeit, die Verhältnisse, das national-politische Klima haben sich, was niemandem entgehen kann, in hohem Maße in Südschleswig und in Nordschleswig geändert. Kampf mit den Waffen des Krieges um dänisch oder deutsch in dem schleswigschen Grenzland ist heute, und das dürfen wir wahrhaftig hoffen, auch in den kommenden Tagen einfach unmöglich.

Aber der Kampf um deutsch oder dänisch in Schleswig auf beiden Seiten der Grenze wird weitergehen – mit den Waffen des Geistes – wie es der aus Südschleswig stammende Kopenhagener Bürgermeister Dr. Ernst Kaper vor vielen Jahren ausdrückte.

Dieser Kampf der Geister zwischen dänisch und deutsch ist der große Reichtum

unseres dänisch-südschleswigschen Alltags. Dieser Kampf der Geister soll weitergeführt werden.

Jacob Kronika

in „Kristeligt Dagblad“ vom 26. Juli 1967

Aus dem Jahresbericht der Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig Sozialarbeit ist nicht Mittel eines überholten Grenzkampfes

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsches Schleswig ist im Geschäftsjahr 1966 ihrem satzungsmäßigen Auftrag entsprechend bestrebt gewesen, die Bevölkerung des Landesteils Schleswig durch ein vielfächeriges Angebot möglichst wirkungsvoller und zeitgemäßer Leistungen im Bereich der Sozialarbeit und vor allem im sozialpädagogischen Raum zu betreuen. Daneben hat sich unser Korrespondenzbüro wieder in verstärktem Maße der Aufgabe zugewandt, die an den Fragen unseres Grenzlandes interessierten Persönlichkeiten und Institutionen unter Auswertung der dänischen Presse über Minderheitenangelegenheiten und die Beziehungen zwischen Deutschland und Dänemark zu unterrichten. Wir sind dieser Arbeit nachgegangen auf der soliden Grundlage der in der Vergangenheit gesammelten Erfahrungen und unter Berücksichtigung der aus der allgemeinen soziologischen und für uns hinzutretenden grenzpolitischen Entwicklung gewonnenen Erkenntnisse.

Es müßte bei gutem Willen mittlerweile auch dem letzten Zweifler offenkundig sein, daß wir unsere Sozialarbeit nicht als Mittel eines überholten Grenzkampfes einsetzen oder Grenzlandinformationen verbreiten, um nationale Gegensätze zu schüren. Vielmehr ist es unser erklärtes Anliegen, in unserem in mancherlei Hinsicht benachteiligten Landesteil einen – gemessen an den dänischen Initiativen einerseits und dem unbefriedigten Bedarf andererseits – notwendigen deutschen Beitrag zur Gestaltung und Entfaltung ausgewogener Lebensverhältnisse in unserem Grenzland zu leisten. Demgemäß unterhalten wir unsere Einrichtungen auch nicht zu dem Zweck, entsprechenden dänischen Institutionen entgegenzuwirken, sondern sind allein bemüht, dem Bedürfnis der Bevölkerung unseres Landesteiles nach einer ihrem Kulturkreis entspringenden Versorgung innerhalb unseres Zuständigkeitsbereiches und im Rahmen unserer leider viele Wünsche unerfüllt lassenden finanziellen Möglichkeiten Rechnung zu tragen. Daß sich hieraus bei qualifizierter Arbeit auf beiden Seiten ein reger Wettbewerb der sich in unserem Lande überschneidenden Kulturen entfaltet, sollte von Deutschen und Dänen als besonderer Vorzug unseres Grenzlandes dankbar begrüßt werden.

Paul Dölz wurde achtzig Jahre alt

Auch für ihn gilt, was von seinem Altersgenossen Richard Hansen gesagt wird: körperlich rüstig, geistig lebendig und politisch engagiert, und zwar in der SPD, von deren Schicksal auch das seine weitgehend bestimmt worden ist. Trotz seiner auch heute noch unverkennbaren thüringischen Mundart ist er schon lange ein „Einheimischer“ geworden, der durch seine berufliche und ehrenamtliche Tätigkeit sowohl in den Jahren vor als auch nach dem Interregnum des Nationalsozialismus in den schleswigschen Kreisen und besonders an der Westküste politisch tätig gewesen ist und darum aus eigener Anschauung und eigenem Erleben die Probleme dieses Landesteils genau kennt. Als Vorsitzender des bis in die fünfziger Jahre bestehenden Grenzpolitischen Ausschusses der SPD und als MdL hat er für die Normalisierung des deutsch-dänischen Verhältnisses Beachtliches tun können und gehört – wie sollte es anders sein – zu den Mitbegründern des Grenzfriedensbundes.